Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

Preis 10 Mill. M.

Deutsche Allgemeine Zeitung
Tägliche Rundschau

Dienstag
9. Oktober 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst täglich zweimal täglich. Preise 60 Mill. M. für die Woche vom 7.—13. Okt.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder ähnlichen Ereignissen hat der Bezieher weder Anspruch auf Nachlieferung noch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für Anzeigen gilt: Die 35 mm breite mm-Zeile mal Schlußfaktor. Besondere Anzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

9. 10. m Nr. 467 10 Mill.
62. Jahrgang.

Anzeigen-Schlußfaktor heute 100 000.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Zentrum 3287
Perser-Teppiche
Handgeknüpfte Orient. Teppiche
Ankauf zu gerechten Preisen
Orient. Teppichlager

Gegen die Legende!

Vor einigen Tagen wiesen wir bereits auf ein Trick hin, mit dem sich ein gewisser Teil der Berliner Presse mit der Kabinettskrise beschäftigte. Um die Aufmerksamkeit von den wahren Zusammenhängen abzulenken, erhob sie wie auf ein mot d'ordre den Aufstimmen ist schuld! Herr Bernhard von der „Vossischen Zeitung" im besonderen hat im Sonntags-Leitartikel seines Blattes unter der Ueberschrift: „Diktatur Stinnes?" eine derartige Flut erlogener und durchsichtiger Kraftsprüchen aufgestellt, daß es wirklich an der Zeit ist, auch einmal die Tatsachen wieder sprechen zu lassen. Denn kommt: Die Montagsspätausgabe in ihrer Wahrheit ist schon seit längerer Zeit eine wahre Landplage für die Berliner Zeitungsleser. Was aber gestern in diesem Leitartikel zum Thema: „Stinnes ist schuld", zu lesen war, überstieg jedes zulässige Maß. Wir haben uns daher an Herrn Hugo Stinnes persönlich gewendet mit der Bitte, zur Sache das Wort zu ergreifen, und Herr Stinnes war so liebenswürdig, uns folgende Zeilen zu senden:

*

Das Treiben der Linkspresse, einschließlich demokratischer Blätter und auch der „Germania", nimmt Formen an, die es auch mir zweckmäßig erscheinen lassen, die Vorgänge der vergangenen Woche für die Außenstehenden, die man offenbar irreleiten will, aufzuhellen.

Am 20. September sagte in Nunnenkönigsborn ein wohl vollzähliger Versammlung der Vertreter des Ruhrkohlenbergbaues, die in Anbetracht der heutigen Lage, d. h. in der brennenden Not des Vaterlandes, folgenden Beschluß einstimmig gefaßt hat:

„Königsborn, den 20. September 1923.

„Die heute im Kurhaus Königsborn zugunsten Versammlung der Zechenbesitzer des Ruhrbezirks fast einstimmig folgenden Beschluß:

Die Kohlenpreise des Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbaues stehen mit 38 Goldmark für Zeitfördercokle weit über dem Weltmarktpreise. Durch die im Reichsarbeitsministerium zugebilligten 75 % Lohnerhöhung für die Woche vom 24. bis 30. September tritt eine derartige weitere Verteuerung der Selbstkosten ein, daß die verbrauchende Industrie Deutschlands bei den dadurch bedingten Kohlenpreisen zum Erliegen kommen muß. Die Zechen des unbesetzten Gebietes sind nicht in der Lage, aus eigenen Mitteln irgend einen Lohnzuschlag zur Auszahlung zu bringen.

Infolgedessen haben die Ruhrzechen des unbesetzten Gebietes beschlossen, die durch den Schiedsspruch vorgesehene Lohnerhöhung von 75 % nicht zu zahlen. Wenn die Kohlenpreise, wie beantragt, in Wegfall kommen sollte, sind sie bereit, eine entsprechende Nachzahlung zu machen.

Die Zechen des besetzten Gebietes werden gemäß den Vereinbarungen mit dem Reichsfinanz-, arbeits- und wirtschaftsministerium die erhöhten Löhne bis zum 7. Oktober zahlen.

Da es unmöglich ist, bei einer Preisbasis von 38 Goldmark die deutsche kohlenverbrauchende Industrie derartig in Gang zu halten, daß sie in der Ausfuhr konkurrenzfähig bleibt, da andererseits die Mittel der Kohlenindustrie vollständig erschöpft sind, so sind die Zechen des Ruhrkohlenbezirks genötigt und entschlossen, zur Erhaltung der Produktionskraft des Bergbaues, im Interesse der verbrauchenden Industrie Deutschlands und zur Erzielung einer unbedingt notwendigen Ausfuhr die Arbeitszeit vom 8. Oktober ab für die Zeit der jetzigen Verhältnisse so zu verlängern, wie sie vor dem Jahre 1914 bestand, d. h. auf 8 Stunden ausschließlich Ein- und Ausfahrt. Wie ganz allgemein in Deutschland die Arbeitsleistung wieder den Friedensstand erreichen muß, so muß auch der Bergbau wieder das Anderthalbfache der jetzigen Leistung erreichen.

Gleichzeitig mit dieser Verlängerung der Arbeitszeit soll eine Ermäßigung der Kohlenpreise von 6 Goldmark pro Tonne in der ersten Woche eintreten. Nachdem die Bergbesitzer sich an die neuen Verhältnisse gewöhnt haben und die Materialpreise entsprechend gesunken sind, müssen die Kohlenpreise in kurzer Frist auf den Weltmarktpreis, der zurzeit 22 Goldmark beträgt, gesenkt werden, denn bei ist die Grenze, bei der die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig bleibt. Ausfuhr industrieller Erzeugnisse ist aber die einzige Möglichkeit, Deutschland zu ernähren.

Im Rahmen dieser zur Aufrechterhaltung des deutschen Wirtschaftslebens unumgänglichen Maßnahmen ist, wie erwähnt, kein Platz für die Kohlensteuer und ebensowenig für die Betriebssteuer, die gerade im Bergbau als eine unerträgliche Vorbelastung der deutschen Industrie wirkt.

Der Beschluß spricht für sich selbst. Indessen sei es mir gestattet, hervorzuheben, daß der Ruhrkohlenbergbau, dem sich insgesamt der gesamte deutsche Bergbau anschließt, im Interesse der verarbeitenden Industrie und des deutschen Exportes eine Ermäßigung der Kohlenpreise für unbedingt erforderlich angesehen hat.

Man vergleiche damit, was Herr Bernhard über die unerhörte „Preistreiberei" der Schwerindustrie äußert:

Es bedarf keiner Erwähnung, welche Rolle für die weiterverarbeitenden Industriezweige die Kohlenpreise spielen. Und Herr v. Raumer hat in voller Uebereinstimmung mit den Reichskanzler den Versuch gemacht, der wucherischen Aufbauung der deutschen Kohlengemeinschaft durch das Kohlensyndikat einen Riegel vorzuschieben. Ueber die Art der Festsetzung der Bedenkenpreise, die augenblicklich leider unter dem Kommando einer Art von Gemeinwirtschaft geleistet wird, wird später einmal ausführlich zu sprechen sein. Auch über die eigentümliche Gebaudung der gewerkschaftlichen Interessen des gesamten Kohlenbergbaues mit Händlerinteressen, die die ganze Welt umspannen. Aber eine sei mir einmal festgestellt, daß der erste Versuch, die Festsetzung der Kohlenpreise unter Kontrolle zu nehmen, mit dem Sturz des Ministers geendet hat, der dieses Wagnis versuchte. Und von den Kohlenpreisen ging auch der Kampf gegen den Minister Hilferding aus. Aber Dr. Hilferding hat die Kohlenteuer als eine der wenigen ergiebigen Steuern, die dem Reichsfiskus noch übrig geblieben sind, nicht opfern wollen. Er hat mindestens für die Aufhebung dieser Steuer die Garantie verlangt, daß dann die Kohlen doch entsprechend billiger würden. Er hat die Kohleninteressenten noch auf andere Dinge hingewiesen, die im Argen liegen. Er hat vielleicht nicht opportun geheim. Und deshalb mußte er bekämpft werden.

Der Beschluß von Unna-Königsborn ist zwei Tage darauf vom Herrn Reichskanzler im Wortlaut zur Kenntnis gebracht worden. Er hat zu einer einstimmigen Entschließung der Fraktion Dr. Stresemanns geführt, an deren Formulierung er selbst mitgewirkt hat, dahingehend, daß in der gesamten Wirtschaft Deutschlands — wo notwendig und möglich — die Hinderrisse beseitigt werden müssen, die die Wiedereinführung der Arbeitszeit wie vor dem Kriege nicht gestatten. Das bedeutete, daß die Unternehmer Deutschlands ohne Polizeizwang, ohne einen für die Ernährung Deutschlands gefährlichen Zeitverlust in die Lage gekommen wären, die zur Vermehrung und Verbilligung der Produktion erforderliche Mehrarbeit durchzuführen. Der Wortlaut jenes Beschlusses ist indessen zwischen dem Herrn Reichskanzler und mir vereinbart worden.

Dieser Wortlaut gefiel indessen nicht allen Mitgliedern der Koalitionsparteien und wurde in der Folgezeit umgestoßen. Aus diesen Verhandlungen entwickelte sich nach meiner Kenntnis die Kabinettskrisis, die gewiß den Ausgang zu nehmen schien, daß Herr Dr. Stresemann ein rein bürgerliches Kabinett, und zwar mit solchen Herren bildete, die nach Vorbehalt und Vorbesprechungen voraussichtlich in der Lage waren, Deutschlands Wirtschaft aus dem Sumpf herauszuziehen, in dem sie sich heute befindet, und damit überhaupt erst eine erfolgreiche Außenpolitik zu ermöglichen.

Mehrere dieser Herren, wenn nicht alle, haben sich nicht entschließen können, das ihnen angetragene Amt anzunehmen, da sie nicht glaubten, in der vorgesehenen Zusammenstellung der Regierung das Maß von Autorität und Vertrauen in Nord und Süd und im Ausland zu haben, das unbedingt ist, wenn innen- und außenpolitisch mit Erfolg gearbeitet werden soll.

Ich lasse dahingestellt, ob dieser Entschluß sich in der Folgezeit als richtig erweisen wird und ob es nicht besser gewesen wäre, auch unter Herrn Dr. Stresemann die Arbeit zu versuchen. Die Herren, die gewohnt sind, nach großen Gesichtspunkten zu urteilen, und deshalb ihre Entschließungen zu fassen, werden wissen, warum sie — wie geschehen — entschieden haben.

Die Folge dieser Entschließungen ist das zweite Kabinett Stresemann in ziemlich unveränderter Form, mit Vollmachten oder besser Bindungen in der Wirtschaftsfragen, die hoffentlich eine schnelle, wirksame Arbeit nicht gestatten.

Ich konstatiere, daß das, was die angebliche „Diktatur Stinnes" wollte, den Absichten des Herrn Reichskanzlers und der gesamten Fraktion der Deutschen Volkspartei in der ersten Hälfte voriger Woche wohl entsprach, sich aber frei bewegen konnte, den Schwankungen und Wirren der letzten Tage.

Nun zum Fall des Herrn von Raumer.

Herr von Raumer ist dem Mangel an Homogenität des ersten Kabinettes Stresemann zum Opfer gefallen, nicht der Schwerindustrie.

Wenn Herr Bernhard in der „Vossischen Zeitung" und wenn die ihm nahestehenden Kreise sich der Wahrheit näher hätten, so konnten sie diese finden in den Aeußerungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", die ausführlich bei Rücktritts des Herrn v. Raumer in der Nr. 460 vom 4. Oktober schrieb:

„So ist der Reichswirtschaftsminister Dr. v. Raumer, der die Notwendigkeit gewisser wirtschaftlicher und sozialpolitischer Lösungen klar erkannt hatte, an der Verständnislosigkeit der Koalitionsmitglieder für die heimgehenden Aufgaben wirtschaftspolitischer Art gescheitert. Die Unmöglichkeit, gewisse produktionstechnische Probleme zur Lösung zu führen, hat ihn zu Fall gebracht."

Es ist zugegeben, daß Herr von Raumer bei seinen Ideenreichtum manchmal begeisterlich der Ausführung hinter dem Ordenken zurückbleibt, und daß er deswegen eine Kritik gegen sich gelten lassen muß. Er war aber der einzige Minister, der in den letzten Wochen überhaupt etwas Produktives geschaffen hat und der dabei, — insbesondere in seinem Kampfe gegen die weiteren Preiserhöhungen — gestützt und nicht bekämpft wurde von den Vertretern des Bergbaus und der Schwerindustrie. Das bewiesen die Beschlüsse vom 20. September in Unna.

Dafür ein weiterer Beweis: Auf Wunsch desjenigen Mitglieds der Deutschen Volkspartei, das in den Vorbesprechungen bestimmt war, die Stellung der Fraktion zu den wirtschaftlichen Fragen im Reichstag zu vertreten, habe ich meine Ausführung zu den bemerkungen Bernhard bemalt, d. h. am 29. September, also noch vor dem Beschluß von Unna-Königsborn, schriftlich niedergelegt. Ich hatte dort unter anderem Programmpunkten ausgeführt, daß meiner Meinung nach „Institutionen aller Art, zentrale Tarifverträge oder Syndikate, soweit sie die Wirkung haben, die Produktion zu verteuern, die Ausfuhr zu behindern, mindestens vorübergehend zu beseitigen und zu verbessern sind."

Ich verweise auf diese Stellungnahme zur Frage der Syndikate und Kartelle, weil dieser Punkt sich in der Rede des Herrn Reichskanzlers wiederfindet, und also von mir, den man als typischen Vertreter der Schwerindustrie hinzustellen pflegt, übersandt erst vor dem Herrn Reichskanzler und vor seiner Fraktion zur Diskussion gestellt worden ist.

Was soll man aber zu den Funktionieren der Reichskriegsfestelle und zu der sonst so prompt und wohl informierten Kanzlerpresse sagen, wenn man feststellen muß, wie man wohl geistige Anleihen bei ausländischen Exponenten der Schwerindustrie macht, aber kaum zulässt, daß sie tendenziös und falsch ausgelegt werden.

Der Herr Reichskanzler hat durch Bildung der Großen Koalition am 14. August eine politische Notwendigkeit erfüllt und großen Mut gezeigt, für den ihm das deutsche Volk Dank zollen muß, denn es gehörte Mut dazu, gegen die Empfindungen des Volkes, gegen die Stimmung zu beenden, der finanziell nicht mehr zu halten war und außerpolitisch keinen Nutzen mehr bringen konnte. Die Tatsache, daß er Notwendigkeit, diesen Kampf aufzugeben, trägt Herr Stresemann nicht, sondern das vorige Kabinett, insbesondere der Finanzminister Herr Hermann, der eine Notwendigkeit, die sich aus der Devisenpolitik betrieben hat, ohne rechtzeitig die Mehrarbeit im unbesetzten Deutschland zu ermöglichen, die allein ermöglicht hatte, die Devisen für das besetzte zu schaffen.

Nahm Herr Dr. Stresemann in der Außenpolitik dies große Odium auf sich, so mußte sein Kabinett innerpolitisch um so fruchtbarer sein.

An dem Sonntag der ersten Kabinettssitzung ist Herr Dr. Stresemann von mir darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Bestand seines Kabinetts davon abhänge, ob er in der Lage sei, die innerpolitischen Bedürfnisse und Notwendigkeiten in außerordentlich kurzer Frist zu erfüllen, auch gegen die Doktrinen der Sozialdemokratie. Hierin hat das Kabinett Stresemann seiner Aufgabe sich gewachsen gezeigt, und die Kreise in Wirtschaftsfragen, verfügt hat, namentlich nachdem mit Carl Legien der Mann gestorben ist, der Mut und Autorität genug besaß, um bei den Massen auch etwas Unpopuläres zur Durchführung zu bringen.

Deutschland befindet sich in akuter Lebensgefahr. Es handelt sich um Leben oder Sterben großer Teile des deutschen Volkes. Experimente sind nicht am Platz. Deshalb ist es doppelt bedauerlich, daß es nicht möglich gewesen, die Männer zu gewinnen, die eine einigermaßen sichere Gewähr für die sofortige Durchführung der unbedingt notwendigen Reformen geboten hätten.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Goldmarkt.

	8. 10.	9. 10.		8. 10.	9. 10.
Tägl. Geld	4½ %	nom.	Brlinn	—,—	5,00
Berlin	0,00000013	0,00000013	Amsterd.	39,51	39,27
	0,00000013	0,00000013	Spanien	—,—	17,85
Mailand	0,00000014	0,00000016	Schweiz	17,57	17,53
Madrid	0,00000011	0,00000011	Prag	2,96	3,06
Amsterdam	—,—	—,—	Budapest	—,—	4,40
Kopenh.	4,55,50	4,55,12	Kopenh.	—,—	13,48
Lond. Gold	4,52,25	4,51,75	Wien		
Paris	5,59	5,50	Lond. Gold	634	634

Englands „Ruhrpolitik" auf der Reichskonferenz

Feste Haltung nicht zu erwarten.

A. London, 8. 10. (Eigenbericht)

Die Reichskonferenz verhandelte heute Vormittag in breitüindiger Eigenart über die auswärtige Politik. Die Beratungen wurden nachmittags fortgesetzt. In der Presse dauern die Auseinandersetzungen über die Bedeutung der Rede Lord Curzons und über die künftige Haltung Englands fort, ohne daß es jedoch notwendig wäre, auf diesen Streit der englischen Parteiblätter näher einzugehen. Tatsache ist, daß es eine bestimmte Ruhrpolitik der englischen Regierung überhaupt nicht gibt, und daß angesichts der bevorstehenden inneren Gegenlage in nächster Zeit eine feste Haltung Englands auch nicht zu erwarten ist.

Präsident Coolidge für eine Sachverständigenkonferenz.

A. London, 8. 10. (Eigenbericht). „Daily Telegraph" meldet aus New York, Präsident Coolidge stimme durchaus mit der Regierung Lloyd Georges überein, daß die Reparationsfrage durch wirtschaftliche Sachverständige geregelt werden solle.

Lloyd George hat sich infolge Heiserkeit und allgemeiner Ermüdung entschließen, weitere Reden vorläufig abzusagen.

Belgischer Optimismus.

S. Paris, 8. 10. (Eigenbericht). Der „Intransigeant" meldet aus Brüssel, der Chef der belgischen Wirtschaftskommission im Ruhrgebiet, Generalrat Jodoe mit Theunis und Jaspar über die augenblickliche Lage im Ruhrgebiet eine längere Besprechung gehabt. Es scheint sich außerordentlich optimistisch. Theunis wollte Wiederaufnahme der Arbeit sich auch augenblicklich noch nicht bemerkbar mache, so bringe doch mit der großen Unsicherheit für die nächste Zukunft zusammen. Außerdem warteten die deutschen Eisenbahner auf den endgültigen Beschluß aus Berlin zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Zwei Deutsche erschossen.

Paris, 8. 10. Radio meldet aus Düsseldorf: An der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober kam es gegen Mitternacht zwischen Arbeitern der Grube Dunnebeil, 2 Kilometer westwärts von Bochum unter denen sich einige Franzosen befanden, und deutschen Polizisten zu einem Zusammenstoß, zwei Deutsche wurden durch Pistolenschüsse und ein Franzose durch einen Knüppelschlag auf den Kopf getötet.

300 Millionen geraubt.

bd. Köln, 8. 10. (Eigenbericht). Die Franzosen haben in Wahnsdorf von einer D-Zug-Lokomotive 300 Millionen Mark weg genommen. Die Lokomotive wurde nach Düsseldorf gefahren und der Lokomotivführer zunächst verhaftet. Angeblich ist er wieder freigelassen worden.

Auf dem Finanzgebiet hat die Koalitionsregierung in ihren ersten sieben Wochen vollständig versagt. Der Finanzminister Hilferding hinterläßt folgende Bilanz: Bei seinem Amtsantritt stand der Dollar 5 Millionen, heute fast 1 Milliarde. Die schwebende Schuld des Reiches ist unter seiner Amtsführung von 40 000 auf 47 000 Billionen gestiegen. Herr Hilferding hat gar nichts getan, um diesem Finanzelend entgegenzutreten.

Was soll man weiter gesehen? Als die bisher einzige Sparsamkeitsmaßnahme zeigt man uns die Aufgabe des passiven Widerstandes. Damit hat der Kanzler eine grundsätzliche Änderung der Steuergesetzgebung und des Verhältnisses von Reich und Ländern angekündigt. Was der Kanzler in dieser Begleitung erklärt, hat unsere vollste Zustimmung. Es kommt aber nicht auf das Bekenntnis zur Sparsamkeit, sondern auf Taten an.

Wir sind von starkem Mißtrauen erfüllt, daß unter der Leitung der Sozialdemokratie eine wuchernische Regierung der Arbeiter und Angestellten sich wird. Man will diese Frage ja jetzt von der Gemäßigung abtrennen. Die Fähre ist sofort: Wir wollen nicht geneigt sein, ein Spiel mit wechselnden Mehrheiten auf diesem Boden mitzumachen. Die Sozialdemokratie im Land schreiben das Notwendige geben wird, geht aus ihrer grundsätzlichen Einstellung hervor. Wir sind grundsätzlich mit dem Prinzip des Ermächtigungsgesetzes einverstanden, können aber dieser Regierung und dieser Koalition sie nicht anvertrauen.

Dann geht der Redner auf die auswärtige Politik ein. Er sagt: Es ist nicht ein Vorwurf gegen den Reichskanzler, daß er sich bei der Aufgabe des passiven Widerstandes von Zitionen nicht leiten lassen, denn er hat sich von Anfang an sehr pessimistisch über Verhandlungs- und Verständigungsmöglichkeiten geäußert. Es ist nicht richtig, daß England nur gegenüber die Rechtsdurchgleit der Ruhrbesetzung gewesen ist, nein, in einer formellen Note ist das geschehen, und wenn Reichskanzler Dr. Stresemann den Protest gegen diese Gewaltpolitik in Form der Note ablehnt, so geschieht in Form übernommen hat, so ist das für ihn charakteristisch und bildet den geraden Gegensatz zu seinem Vorgänger. Der Sinn der Stresemann-Politik war, daß

der Faden mit England abgerissen ist.

Ich stimme dem Kanzler zu, daß wir aus dem Verlegen des Widerstandes der Bevölkerung im Rhein und Ruhr keinen Vorwurf machen können. Zum Gedanken des passiven Widerstandes stehen wir anders als Dr. Helfferich. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben versucht, den Kampf an Rhein und Ruhr zu einem rein wirtschaftlichen Kampf zu machen. In dieser Weise geführt, hat der passive Widerstand, mußte er auf die Dauer versagen schon wegen der Passivität. Wir haben deshalb immer verlangt, daß der passive Widerstand allmählich zur Aktivität übergehen sollte.

Wir wollen den Abbruch aller Beziehungen zu Frankreich.

Wir gehen den weiteren Einwurfs der heiligen Unverletzung durch eine neue Aktivität hat. (Kanzl finde: Sie wollen also den Einmarsch der Franzosen!) Um der nationalen Zukunft willen treiben wir unsere Politik in einer geraden Linie. Wir lehnen daher jede Teilnahme an einer Unterwerfung irgendwelcher Art ab. Aus dieser unserer Haltung wird die nationale Zukunft des deutschen Volkes hervorgehen, und das deutsche Volk wird daraus einmal die Kraft und den Willen finden, auch eigener Kraft sich die Freiheit zu erkämpfen.

Rechte und Kanzler.

Im Mittelpunkt der gestrigen ausgedehnten großen Reichstagsdebatte, die vor im übrigen auf der 2. Seite wiedergegeben, stand das folgende Wortgefecht zwischen Graf Westarp und dem Reichskanzler.

Abg. Graf Westarp (Dnat.)

erklärt, er müsse die große Koalition mit einem anderen Wort ersetzen als mit der Vorredner: Nahr ihr Euch wieder, schwankende Gestalten! (Heiterkeit.) Geradezu Hohn und Spott fordert das heraus, was wir in der letzten Woche erlebt haben; darüber hinaus aber auch Schamund Empörung. Wenn irgendwo der Parlamentarismus versagt hat, so hier in der letzten Woche vorgegangen. Der Kanzler hat davon gesprochen, daß die Wirtschaft, nicht aber der Parlamentarismus versagt habe, und er hat dieser Behauptung damit Variiert, daß führende Männer des Wirtschaftslebens sich dem Staat nicht zur Verfügung gestellt hätten. Dieser Vorwurf, in dieser Form in den jetzigen Augenblick ausgesprochen, trifft nicht den Kern der Dinge. Wenn trotzdem führende Männer des Wirtschaftslebens sich versagt haben, so haben sie sich versagt gegenüber der Parteiliste und gegenüber dem Parlamentarismus und gegenüber dem Herrn Stresemann als Reichskanzler der Träger der jetzigen Koalition ist, in der die Sozialdemokraten eine hervorragende Rolle spielen. Daß

der Ruf nach einer Diktatur

durch das ganze Volk geht, wird auch der Reichskanzler nicht bestreiten, um so weniger, als ja auch er und seine Koalitionsvertretung in dem Ermächtigungsgesetz eine Art Diktatur haben will, womit er selbst anerkennt, daß der parlamentarische Apparat versagt.

Diese Koalition wird sich nicht mehr lange halten. Der Gegenstand, der zur Sprengung der Koalition führen muß, ist überhaupt nicht in der Krise zur Sprache gekommen: die Frage, **wie man sich zu Frankreich verhalten und was die Gegner sein wird, an der die deutsche Reichspolitik entzündet hat.**

Grade in dieser Frage wird die große Koalition, das lagen wir voraus, nicht mehr zusammenhalten können. Unsere Haltung in der vergangenen Woche und auch in der Zukunft ist klar und einheitlich. Wir verlangen die Lösung der Regierung von der Sozialdemokratie. Der vorherrschende Einfluß der Sozialdemokratie, den wir bis jetzt in allen Regierungen der Republik gemerkt haben, muß geändert werden. Wir haben die Ueberzeugung, daß Deutschland und ganz Mitteleuropa Kreise eine richtige Politik geführt werden kann. In unserem Aktionsprogramm von Ende August haben wir ja für nötig erklärt, eine Regierungsstelle zu schaffen, die unabhängig vom Parlamentarismus die Geschäfte des Staates führt. Der bereitigen Regierung können wir eine solche Vollmacht nicht erteilen. Wir wissen, daß jetzt bitter torische Befugnisse einer Regierung nicht mehr zu umgehen sind, und daß sie in die Hand von Militärbehörden gelegt werden müßten.

Die Verordnung, des Reichspräsidenten über den Belagerungszustand, deren Aufhebung wir beantragen, entspricht dieser Forderung nicht, weil sie nicht eine vom Parlament unabhängige diktatorische Gewalt gibt, sondern nur eine Vollmachtsliste schafft, die gerade von dieser Koalition abhängig ist.

Auf dem Finanzgebiet hat die Koalitionsregierung in ihren ersten sieben Wochen vollständig versagt. Der Finanzminister Hilferding hinterläßt folgende Bilanz: Bei seinem Amtsantritt stand der Dollar 5 Millionen, heute fast 1 Milliarde. Die schwebende Schuld des Reiches ist unter seiner Amtsführung von 40 000 auf 47 000 Billionen gestiegen. Herr Hilferding hat gar nichts getan, um diesem Finanzelend entgegenzutreten.

Was soll man weiter gesehen? Als die bisher einzige Sparsamkeitsmaßnahme zeigt man uns die Aufgabe des passiven Widerstandes. Damit hat der Kanzler eine grundsätzliche Änderung der Steuergesetzgebung und des Verhältnisses von Reich und Ländern angekündigt. Was der Kanzler in dieser Begleitung erklärt, hat unsere vollste Zustimmung. Es kommt aber nicht auf das Bekenntnis zur Sparsamkeit, sondern auf Taten an.

Wir sind von starkem Mißtrauen erfüllt, daß unter der Leitung der Sozialdemokratie eine wuchernische Regierung der Arbeiter und Angestellten sich wird. Man will diese Frage ja jetzt von der Ermächtigung abtrennen. Die Fähre ist sofort: Wir wollen nicht geneigt sein, ein Spiel mit wechselnden Mehrheiten auf diesem Boden mitzumachen. Die Sozialdemokratie im Land schreiben das Notwendige geben wird, geht aus ihrer grundsätzlichen Einstellung hervor. Wir sind grundsätzlich mit dem Prinzip des Ermächtigungsgesetzes einverstanden, können aber dieser Regierung und dieser Koalition sie nicht anvertrauen.

Dann geht der Redner auf die auswärtige Politik ein. Er sagt: Es ist nicht ein Vorwurf gegen den Reichskanzler, daß er sich bei der Aufgabe des passiven Widerstandes von Zitionen nicht leiten lassen, denn er hat sich von Anfang an sehr pessimistisch über Verhandlungs- und Verständigungsmöglichkeiten geäußert. Es ist nicht richtig, daß England nur gegenüber die Rechtsdurchgleit der Ruhrbesetzung gewesen ist, nein, in einer formellen Note ist das geschehen, und wenn Reichskanzler Dr. Stresemann den Protest gegen diese Gewaltpolitik in Form der Note ablehnt, so geschieht in Form übernommen hat, so ist das für ihn charakteristisch und bildet den geraden Gegensatz zu seinem Vorgänger. Der Sinn der Stresemann-Politik war, daß

der Faden mit England abgerissen ist.

Ich stimme dem Kanzler zu, daß wir aus dem Verlegen des Widerstandes der Bevölkerung im Rhein und Ruhr keinen Vorwurf machen können. Zum Gedanken des passiven Widerstandes stehen wir anders als Dr. Helfferich. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben versucht, den Kampf an Rhein und Ruhr zu einem rein wirtschaftlichen Kampf zu machen. In dieser Weise geführt, hat der passive Widerstand versagt, mußte er auf die Dauer versagen schon wegen der Passivität. Wir haben deshalb immer verlangt, daß der passive Widerstand allmählich zur Aktivität übergehen sollte.

(Lebhafter Beifall rechts, anhaltender Lärm und Zischen links.)

Reichskanzler Dr. Stresemann

ergreift das Wort zu einer mit großer Schärfe und bemerkenswerter Erregung gehaltenen Antwort an Graf Westarp.

Graf Westarp hat ihm eröffnet Scham und Empörung über die letzte Woche. (Meine Herren! (Zu der Rechten) Ich mir sie nicht in das Feuer hineinbemühen? Gerade in dieser Zeit, wo es sich darum handelte, daß wir nicht eine langen Regierungslose Zeit haben, dürfte man nicht die Parteiinstinkten jeden Tag kommen. Graf Westarp sagt, er hoffe, daß die Koalition zusammenbreche an dem Widerspruch in sich in bezug auf das Verhalten zu Frankreich. Ich sagt: Die Hoffnung Ausdruck geben, daß die Koalition zusammenbricht an Frankreich; also die Hoffnung, daß der Frieden erloschen würde, gibt gerade die Möglichkeit einer neuen Krisis und einer neuen Regierungsbildung, also gerade das, was Sie scharf kritisieren, wenn Sie gegen den Parlamentarismus kämpfen. Auch ich würde es viel lieber sehen, wenn ein Ermächtigungsgesetz nicht nötig wäre. Aber Sie selbst haben mich leider zu diesem Weg gezwungen, weil Sie plötzlich bei der Bildung der Koalition in Opposition zu treten gegen die Steuern, die Sie selbst mit bewilligt hatten. Wir müssen und haben gerechnet, daß wir bei allen den Beschlüssen anzusehen und nicht die jeweilige Regierungskombination.

Wenn man doch einmal beginnen würde, was man in der Praxis meint und nicht in der Theorie. Man spricht von konstitutionellen Maßnahmen und Diktatur, aber an Polizeiwaffen gewaltsam. Der Maßnahmen, Sicherheit und Ordnung zu schaffen. Entgegenstellen werden auch Eingriffe in das Eigentum und an Polizeiwaffen gewaltsam, aber in einer Weise beseitigt die Gefahr, daß diese Eingriffe der Privatwirtschaft gefährlich werden könnten.

Nach meiner Meinung beginnt der Gegensatz zwischen Politik und Staatskunst da, wo man auch einmal

das Odium der Unpopularität

auf sich nimmt um des größeren Gutes willen. Tatsächlich ist die Koalitionspolitik die einzige Realpolitik, die in Deutschland getrieben werden kann, solange Sie auf verfassungsmäßigem Boden das Deutschland regieren wollen. (Abg. Graf Westarp: Also immer mitlaufen!) Ich glaube, Sie wurden ganz gerne mitlaufen, wenn Sie einen haben würden. (Stürmische Heiterkeit und Zustimmung im Hause und auf den Zuhörern.)

Graf Westarp hat erklärt, daß er grundsätzlich das Ermächtigungsgesetz für notwendig hielt. Nun bitte ich Sie, Graf Westarp, helfen Sie mir doch einmal dieses Gesetz erlassen. Wie wäre die erforderliche Zweidrittelmehrheit für dieses Gesetz überhaupt zustandegekommen, wenn Sie jede Zustimmung von sich aus der Zweidrittelmehrheit versagen? (Abg. Graf Westarp: Der Reichstag entscheidet! Ich glaube, daß bei allen den Beschlüssen, die wir gegenwärtig haben, auch noch das letzte Kampf in die besetzten Gebiete getragen werden sollte. Sie scheuen jedes Zusammengehen mit den Sozialdemokraten ab. Wenn das wirklich ihre Auffassung geworden ist und immer bleiben soll, so müssen Sie ihren Stand einnehmen in das Land. Wir haben auch nach dem Kriege den Kampf geführt um deutsches Land. Wir können ihn nicht führen mit Waffen, aber wir können ihn führen mit der

Einheit des deutschen Volkswillens.

Wir hatte die, die vor den Wahlkampfen in Oberschlesien, in der Ostmark. Da ist die Sozialdemokratie ebenso für das Deutschtum eingetreten, wie die große Volkspartei. Wenn wir hier Zynismus abgelegt: Ich gehöre zu diesem Lande!

Graf Westarp, ich bedauere ganz außerordentlich, daß Sie Worte ausgesprochen haben in bezug auf das Recht der Zurückweisung des deutschen Botschafters, die gerade Kaiserpaust hätten können. Wir müssen vom deutschen Volke verlangen, daß es sich mit Begeisterung begeistern läßt, sonst haben wir manche Chaos.

Mit der Schaffung einer neuen Währung aus diesem chaotischen Chaos herausgekommen, haben wir jedoch ungeheure Schwierigkeiten. Eine Regierung, die sich des Risikos bewußt ist, das sie übernimmt, bedarf jedoch einiger Zeit der Ueberlegung, um sich über ihren Weg klar zu sein. Wer den Vorwurf irgendwelcher unrechtlicher Eingriffe leiste ich ganz entschieden ab. Es ist eine durchaus unrichtige Behauptung, daß wir diese Eingriffe gemacht mit Franzosen allein herbeiführen wollten ohne England. Ich wiederhole es noch wie vor als meine Auffassung, daß ich wie eine politische Lösung der Reparationsfrage nicht auf dem Wege einer einseitigen Berlindiplomat vorzustellen vermag.

Ich bitte die, die vor der Illusion zu bewahren, als wenn die Regierung sich dadurch Gnadenbrot verschenkt hätte, daß sie den Sozialdemokraten im Hause schweigen soll. Wenn Sie bedauern sprechen, daß die Reden hier abgerissen seien, weil wir eine Formel für die Aufgabe des passiven Widerstandes gefunden haben, welche Gegenerlegungen vorhalt.

Man hat in Frankreich verstanden, daß die Aufgabe des passiven Widerstandes

keine Anerkennung für den Einbruch

und für den Bruch des Vertrages ist; daß wir nicht anerkennen, was die französische Regie tut, nicht die ganzen Verhältnisse, daß sie sich hier wickelt haben. An dieser Auffassung wird nichts geändert.

Nun sagt Graf Westarp, es sei zu schließlich in meiner Rede nicht die Frage zum Ausdruck gebracht worden, ob denn der Abbruch des passiven Widerstandes, jetzt wenn man ihn aufhimmelt, nicht begleitet sein sollte von dem Bruch mit Frankreich. Ich habe auch in der Kritik der „D. A." gelesen, daß wir Beziehungen zu dem Abbruch des Widerstandes gesprochen, von besser Notwendigkeit doch jedermann überzeugt gewesen sein. Denn, gnädige Frau, die Frage der Verwirklichung ist nicht darüber einig gewesen, denn sein ich aber meiner der Meinung, daß bisher Entschluß der Reichsregierung, der bei seiner der Ausführung ist eine Phase der Entwicklung, in der wir einen Bereich erlitten haben, wie ihn so großer Bedeutung sein kann, in seiner Wirkung nach außen und innen, daß es nur zweckmäßig notwendig erscheinen, daß die Regierung dazu veranlaßt haben, in voller Oeffentlichkeit nicht nur dem Inlande, sondern auch dem Auslande die Tatsachen zu sagen.

Bisher hatte sich Frankreich auf den Standpunkt gestellt, es verbunden mit Deutschland nicht, solange der passive Widerstand aufrechterhalten bleibe.

Es ist vielleicht für die große Oeffentlichkeit lehrreich zu erfahren, aber es g

Der Reichstag und das neue Kabinett.

Breitscheid (Soz.)

fortfahrend:

Von deutschnationaler Seite wird der Bruch mit Frankreich mit allen Konsequenzen verlangt. Welches sind diese Konsequenzen? Sie (nach rechts) sollten lieber sagen: Krieg mit Frankreich und mit welchen Mitteln Sie ihn führen wollen. Bestenfalls würde es sich um einen heroischen Wahnsinn handeln. Von deutscher Seite ist jetzt geschehen, was jetzt geschehen konnte. Aber Poincaré findet in seinem Sieger-Uebermut immer neue Vorwände. Mit aller Deutlichkeit zeigt sich, daß er Zeit gewinnen will, damit das Chaos in Deutschland immer weiter um sich greift.

Wir erklären gegenüber den Plänen Poincarés mit aller Schärfe, daß die Rheinlande deutsches Land sind und deutsches Land bleiben müssen.

Wir sind wieder in die Koalition gegangen, weil wir in dieser Richtung Einfluß auf die Regierung üben wollen. In Bayern ist einstweilen der schwarz-weiß-rote Teufel durch den blau-weißen Beelzebub ausgetrieben worden. Kahr ist nicht minder bedenklich als Hitler. Der bayerische Ausnahmezustand war nur so lange berechtigt, als nicht das Reich den Ausnahmezustand verhängte. Das Nebeneinanderbestehen der beiden Ausnahmezustände ist verfassungsrechtlich nicht zulässig. Die Frage Reich und Bayern ist nicht eine juristische, sondern eine Machtfrage. Wir verlangen, daß die Regierung diese Machtfrage nicht verschleiert und daraus die Konsequenzen zieht.

Ich sage nicht zu viel, wenn ich behaupte, daß sich in Bayern auch die Regierungskrise im Reich zum Teil entzündet hat. Zugleich wurde der Versuch eines trockenen Putsches gemacht, dessen Bewegung mit der Gefährlichkeit des Marxismus begann und darüber hinaus zur Forderung nach der Diktatur und zu dem lauten und rücksichtslosen Verlangen der Beseitigung der Sozialdemokraten aus der Regierung fortschritt. In verantwortlichen Kreisen fand dieses Geschrei seinen Niederschlag in der Forderung nach einem Ermächtigungsgesetz und nach Beseitigung des Achtstundentages. Jetzt sollen dem Kabinett außerordentliche Vollmachten gegeben werden. Für uns ist dabei Voraussetzung, daß ein Kontrollrecht dem Reichstage dadurch gegeben wird, daß die auf Grund der Ermächtigung ergehenden Verordnungen ihm sofort bekanntzugeben sind und er sie aufheben bzw. außer Kraft setzen kann. Für uns Sozialdemokraten ist außerdem Voraussetzung, daß wir durch unsere Vertreter in der Regierung einen Einfluß auf ihre Beschlüsse haben.

Der Weg ins Freie aus der Regierung bleibt für unsere Vertreter jederzeit offen; dann wird das Ermächtigungsgesetz einfach hinfällig.

Der Reichskanzler hat selbst die immer größer werdende Arbeitslosigkeit anerkannt. Wie kann man da für eine Verlängerung der Arbeitszeit eintreten! Dahinter steckt nur das Verlangen nach Abbau der Löhne, um auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig zu werden. Die Gewerkschaften sind bereit, für eine Produktionserhöhung und für Verlängerung der Arbeitszeit da einzutreten, wo es nötig ist. Den Achtstundentag lassen wir aber nicht antasten. Der Kampf um ihn wird draußen weitergeführt werden.

Abg. Dr. Bell (Z.):

In der Krise hat das deutsche Parlament wahrlich den größten Befähigungsnachweis nicht erbracht, sonst wäre es unmöglich gewesen, eine solche Regierungskrise überhaupt heraufzubeschwören, und es wäre möglich gewesen, sie in einer kürzeren Zeit befriedigend zu lösen. Es ist aber ungerecht, ein System selbst für die bedauerlichen Fehler derjenigen verantwortlich machen zu wollen, die dieses System handhaben. An der Tätigkeit der Koalitionsregierung müssen alle Länder mithelfen, um dem Vaterland aus der tiefen Not zu helfen. Wir bedauern aufs tiefste die Notwendigkeit der Verhängung des Ausnahmezustandes, aber wir verurteilen die Vorgänge, die die Regierung dazu gezwungen haben. Geben wir dem Reich, was des Reiches, und den Ländern, was der Länder ist. Wenn behauptet wird, daß der Reichstag durch Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz sich selbst ausgeschaltet hat, so ist zu bemerken, daß wir unsere verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten nicht in irgendwelche andere Hände übergeben, denn die der Reichsregierung erteilte Vollmacht wird nur auf beschränkte Zeit gegeben und genau abgegrenzt sein. Allen Darlegungen des Kanzlers in dieser Richtung folgen wir und sind mit ihnen einverstanden. Die veränderten Verhältnisse verlangen jetzt eine veränderte Steuergesetzgebung. Den Gemeinden und den Ländern müssen neue Steuerquellen erschlossen werden. Mit der Sparsamkeit in den Reichsbetrieben, in der Verwaltung der Länder und Gemeinden müssen wir endlich Ernst machen. Eine endgültige Lösung des Währungsproblems ist nur bei gleichzeitiger Lösung der Wirtschaftsfrage möglich. Dies war ausschlaggebend für unser Herangehen an das Arbeitszeitproblem.

Der Redner kennzeichnet als Abgeordneter des Rheinlandes und Vertreter der dort stärksten Partei die Leiden und Sorgen, die Hoffnungen und Zukunftswünsche des Rheinlandes: Wir Rheinländer und wir Bewohner des Ruhrgebiets lassen uns an Treue zum deutschen Vaterland von keinem deutschen Stamme überbieten. Rhein und Ruhr erwarten aber Berücksichtigung ihrer Eigenart. In der rheinischen Bevölkerung steckt nun einmal eine freiheitliche Gesinnung, die den Bureaukratismus nicht verträgt. Wir erwarten, daß keine Gelegenheit zu Verhandlungen mit unseren Gegnern versäumt wird.

Hierauf folgt das Rededuell zwischen dem Grafen Westarp und dem Reichskanzler. Nach diesem folgt:

Abg. **Dr. Scholz** (D. Vp.): **Es hat sich in der letzten Woche in der Oeffentlichkeit der Vorwurf eines Dolch- oder Vorstoßes der Deutschen Volkspartei gebildet.** Als vor nunmehr etwa acht Tagen der Reichskanzler die Parteiführer zusammenberief, um ihnen ein Bild der augenblicklichen Lage zu entwerfen, das alles andere eher als rosig genannt werden konnte, da habe ich in dieser ernsten Stunde einen Ruf zur Einigung an alle Parteien gerichtet. Das ist der „Vorstoß" der Deutschen Volkspartei gewesen. Ein Ruf zur Einigung aller Parteien, der ungefähr ebenso begründet war wie die soeben gehörten Ausführungen des Reichskanzlers.

Die **Sozialdemokraten** wollen von einer Annäherung an die Deutschnationalen deswegen nichts wissen, weil ihnen die Nase des einen oder des anderen nicht gefiel. Die Haltung der Deutschnationalen erinnert an denjenigen, der mit Behagen zusieht, wie andere für ihn die Kastanien aus dem Feuer holen, dann aber durch alle Gassen rennt und schreit, sie hätten zu wenig herausgeholt. (Heiterkeit.) Jedenfalls zeugt diese Haltung nicht von einem starken Gefühl der Verantwortung für die Staatsgeschäfte. Der Erfolg wird zeigen, wo die Männer der praktischen Politik sitzen.

An unserer Einstellung zu Frankreichs Aspirationen wird durch die Einstellung des Kampfes nichts, aber auch gar nichts geändert. (Zustimmung b. d. D. Vp.). Wir wollen nicht mit einer Säbelscheide rasseln, in der kein Säbel steckt, aber wir wollen doch auch betonen, daß ein Augenblick kommen kann, der ein großes Volk mit einer stolzen Geschichte zur Verzweiflung treibt.

Das wirtschaftliche Moment ist bisher in der öffentlichen Diskussion etwas zu kurz gekommen. Hier handelt es sich gerade um eine absolute Lebensfrage des Volkes, speziell auf dem Währungsgebiet. Die Hoffnungen in dieser Beziehung sind untrennbar von der Hoffnung auf den Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Die englische Kohle kostet nur die Hälfte bis Zweidrittel der deutschen Kohle, beinahe doppelt so viel englische Steinkohlen als deutsche sind in den letzten Monaten bei uns verfeuert worden. Das ist ein völlig unhaltbarer Zustand. Die Arbeitsintensität muß gehoben werden, die Leistung ist bis auf Zweidrittel der Friedensleistung zurückgegangen. Abbau der Kohlensteuer ist notwendig, ebenso Abbau des Beamtenapparats, am einfachsten durch Schließung aller Anwärterlisten. Wir müssen auch hier alles abhängig machen von einem stabilen Währungssystem. Eine der notwendigsten Maßnahmen ist jetzt bei Beginn des Winters, die Ernährung der großen Städte sicherzustellen. Wenn für diese Aufgabe ein Mann gefunden wird, der das Vertrauen der Landwirtschaft besitzt, so wird das nur im Interesse der Konsumenten liegen. (Zustimmung rechts.)

Abg. **Koch** (Dem.) begrüßt die Wiederkehr der großen Koalition. Eine erfolgreiche Außenpolitik können wir nur auf dem Grunde einer geordneten Wirtschaft im Innern führen. Die Zustände in Sachsen und Thüringen bereiten uns schwere Sorgen. Dort ist der Unternehmer seines Lebens nicht sicher. Ich kenne heute nur drei Tugenden in Deutschland: Arbeiten, Steuern zahlen, einfach leben! Die Versuche, den Staatshaushalt und die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, können nicht allein in der Neuordnung der Währung bestehen. Eine Verringerung der Ministerien würde zur Vereinfachung und Beschleunigung der Entscheidungen beitragen. Wir wünschen auch eine Vereinfachung der Gesetzgebung. An der Fülle der Gesetze ist aber weniger die Regierung als die Parlamentsschuld, die immer über die Menge der Gesetze schimpfen. Wir haben das Vertrauen zu dieser Regierung, daß sie uns einen Schritt vorwärts zu bringen sich bemühen wird. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. **Leicht** (Bayer. Vp.): Es liegt eine Tragik, aber auch schwere Verantwortung darin, daß wir den Zusammenbruch von 1918 nochmals erleben. Das Volk ist betrogen worden durch den Schandvertrag von Versailles. Die furchtbare Bedrückung wird noch fortgesetzt. Der Reichskanzler hat die zwangsläufige Aufgabe des passiven Widerstandes richtig, wenn auch nicht vollständig begründet. Wir sehen die tieferen Ursachen in dem rücksichtslosen Egoismus und der Abkehr unseres Volkes von den christlichen Grundsätzen. Dieser Gefahr muß begegnet werden, auch durch den Ausnahmezustand, sowohl seitens des Reiches wie eines Landes. Jedes Land muß selbst darüber entscheiden. Wir lehnen deshalb die Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes sowohl für Bayern wie das Reich ab. Beide Ausnahmezustände können nebeneinander bestehen. Alle Kreise des Volkes müssen in gerechter Weise für das Reich beisteuern, die Produktion muß gesteigert werden. Nach der Krise der vorigen Woche ist der Einfluß unverantwortlicher Kreise zu befürchten. Wir können deshalb nicht für das Ermächtigungsgesetz stimmen. Die Verständigung mit unseren Gegnern darf die Grenzen nicht überschreiten, die der Reichskanzler gezogen hat, daß wir den Kampf um die Menschenrechte nicht aufgeben können, daß unser der Boden, unser das Land ist. Wir in Bayern fordern die geschlossene Einigkeit des deutschen Volkes in dem nationalen Gedanken, wir fordern die Wahrhaftigkeit und zähe Entschlossenheit, alles zu tun zur Rettung unseres Vaterlandes. (Beifall.)

Einbringung des Vertrauensvotums.

Von den Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und dem Zentrum ist folgender gemeinsamer Antrag eingegangen: Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung und spricht ihr das Vertrauen aus.

Abg. **Remmele** (Komm.): Dem Reichstag wird das Ermächtigungsgesetz vorgelegt und an dieser seidenen Schnur hängt sich der deutsche Reichstag auf. Die preußischen konterrevolutionären Generale ergreifen von der politischen Macht Besitz. Der Redner verliest zum Schluß einen langen Aufruf seiner Partei. Darin erklärt sich die kommunistische Partei bereit, zusammen mit der werktätigen Bevölkerung die Macht zu übernehmen.

Abg. **Müller-Franken (Soz.) bringt** zur bayerischen Frage folgenden Antrag ein: „Der Reichstag billigt die Rechtsauffassung der Reichsregierung über die bayerische Ausnahmeverordnung und erwartet, daß die Reichsregierung baldigst eine Klärung herbeiführt."

Abg. **v. Graefe** (Deutschvölkisch) **hebt hervor**, daß seine Freunde stets die Notwendigkeit eines starken nationalen Willens beim Ruhrkampfe betont hätten. Bei den Sabotageakten sei dieser zum Ausdruck gekommen. Die ganze Schuld, die den Reichskanzler und seine Vorgänger trifft, finden wir in der Tatsache, daß man einen wirklichen Widerstand von vornherein nicht organisiert hat. Auch fehlte es an Aufklärung über die Schuldlüge. Tatsächlich hat man nur die Geldfrage, und zwar recht unglücklich, betrieben. Die Ruhrwiderstandsgewinnler sind mir genau so widerlich wie die Kriegsgewinnler. Ist es richtig, daß Herr Severing durch den Staatssekretär Freund den Befehl nach dem Ruhrrevier senden ließ, die Durchführung deutscher Gesetze zu unterlassen, wenn dies von der Rheinlandkommission befohlen sei? Wo bleibt da der Staatsgerichtshof? Die Tragödie in Küstrin war bedauerlich; ich fühle mich als alter Soldat mit der Reichswehr verbunden und bedaure es, daß der Wehrminister nicht die Fühlung mit den Kreisen aufrechtzuerhalten versteht, aus denen der Ersatz für die Reichswehr kommen muß. Roßbach ist schweres Unrecht geschehen. Trotz der großen Koalition besteht eine tiefe Kluft zwischen dem Volke und dieser Koalitionsregierung. Der Reichstag vertritt nicht mehr den Willen des Volkes, es muß jetzt durch die Auflösung an das Volk appelliert werden. Wenn Sie noch einen Rest von demokratischen Gewissen haben, müssen Sie dafür sein. Dann wird auch der Besitz den letzten Groschen für den Staat opfern. Wir wollen keinen Freiheitskrieg gegen Frankreich, aber einen anderen Widerstand als den passiven, einen aktiveren, von Kraft getragenen Widerstand des ganzen deutschen Volkes.

Reichsminister des Innern **Sollmann** weist den gegen den preußischen Minister Severing gerichteten Vorwurf zurück.

UNITED STATES LINES
NACH NEW YORK
von Southampton — Cherbourg
LEVIATHAN
9. u. 30. Oktober, 20. November, 15. Dez.
Von BREMEN über Southampton und Cherbourg nach NEW YORK
GEORGE WASHINGTON
24. Oktober, 26. Dezember

President Harding	10. Oktober	14. Novbr.
President Arthur	19. Oktober	22. Dezbr.
America	31. Oktober	1. Dezbr.
President Roosevelt	7. November	12. Dezbr.
President Fillmore	21. November	

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später
Alles Nähere durch untenstehende Adressen
UNITED STATES LINES
W 8, Unter den Linden 1.
W 9, Budapester Strasse 5.
NW 40, Invalidenstrasse 93.
W 8, Unter den Linden 22.
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen.

Sozialpolitische Umschau.

Um die Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

th. **Gelsenkirchen**, 8. 10. (Eigenbericht.) Nachdem verschiedene Zechen des Ruhrgebiets durch Anschlag bekanntgegeben hatten, daß sie vom 9. Oktober ab eine Verlängerung der Arbeitszeit einzuführen beabsichtigten, sind die leitenden Gewerkschaftsverbände in Gelsenkirchen zu einer Besprechung zusammengetreten und haben einen gemeinsamen Aufruf an die Arbeiterschaft des Bergbaues beschlossen, in dem sie die Arbeiter und Angestellten im Bergbau auffordern, sich nur an die gesetzlichen Bestimmungen, die Arbeitsordnung und den Tarifvertrag zu halten. Die Arbeiter hätten die Pflicht, weiter zu arbeiten wie bisher und sich ruhig, aber entschlossen gegen die einseitige Aenderung der Arbeitsbedingungen zu wehren.

Die Marken in der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: „Soweit einem Arbeitgeber die rechtzeitige Beschaffung von Marken für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober infolge eines Umstandes, den er nicht zu vertreten hatte, unmöglich war, kann er in der Invalidenversicherung bei der zuständigen Landesversicherungsanstalt und in der Angestelltenversicherung bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Abgabe von Beitragsmarken zu dem aufgedruckten Geldwert beantragen. Dabei werden aber im allgemeinen nur Beitragszeiten der jüngsten Vergangenheit in Frage kommen können. Daß säumige Arbeitgeber den aufgewerteten Beitrag entrichten, ist nur recht und billig. Die Post wird, wie in der Verordnung vom 29. September angeordnet ist und auch der Natur der Dinge entspricht, die Beitragsmarken nur zum zehnfachen Geldbetrage verkaufen; sie kann nicht die Gründe untersuchen, aus denen die rechtzeitige Verwendung der Beitragsmarken unterblieben ist. Anträge, die beim Reichsarbeitsministerium oder Reichspostministerium wegen Lieferung von Beitragsmarken zum alten Preise eingereicht sind, werden an die zuständigen Versicherungsträger zur weiteren Behandlung abgegeben; eine besondere Benachrichtigung der Antragsteller findet insoweit nicht statt. Im übrigen geht aus der Verordnung vom 29. September hervor, daß die neuen Beitragsmarken im Verhältnis zum Jahresarbeitsverdienst nicht höher sind als früher. Die Versicherung erfolgt jetzt in einer entsprechend niedrigeren Beitragsklasse."

*

Das vom Reichstag am 27. September 1923 beschlossene **Gesetz über Notmaßnahmen in der Unfallversicherung** ermächtigt den Reichsarbeitsminister, die Vorschriften über Postvorschüsse und Beiträge in der Unfallversicherung den durch die Geldentwertung hervorgetretenen Bedürfnissen anzupassen, insbesondere die Berufsgenossenschaften zur Erhebung von Beitragsvorschüssen zu ermächtigen, ferner die Vorschriften über die Auszahlung der Zulagen so zu gestalten, daß ein für die Berechtigten möglichst günstiger Index der Berechnung der Zulagen zugrunde gelegt werden kann.

*

Folgende **Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge** sind für die Zeit vom 3. Oktober bis 9. Oktober 1923 festgesetzt:

In den Orten der Ortsklassen	A	D und E	
für männliche Personen			
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	60	48	Mill.
b) unter 21 Jahren	36	27	„
für weibliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	48	39	„

Für die produktive Erwerbslosenfürsorge betragen die Durchschnittssätze in derselben Zeit in den Ortsklassen:

A	D und E
96	78 Millionen.

Diktatur und Disziplin.

Das Gebot der Stunde.

Der Stahlhelm, der weitverbreitete rechtsorientierte Bund der Frontsoldaten, wendet sich in einem Aufruf an seine Gau- und Ortsgruppen, in dem als das Gebot der Stunde die Aufrichtung der Diktatur gefordert wird. Dann heißt es weiter:

„Die Bundesleitung fordert von allen Stahlhelmkameraden unbedingte vaterländische Disziplin. Der Stahlhelm hat nur ein Ziel — das heißt: Deutschland! Extratouren, Parteifragen, persönlicher Ehrgeiz kleiner Führer und Bonzen, ein Narrentum wie den Küstriner Putsch, gibt es für den Stahlhelm nicht. Die Kameraden vom Stahlhelm, die deutschen Frontsoldaten, sind Deutschlands Rückgrat und Rippen, nicht seine Totengräber! Wer das nicht einsieht, scheidet aus unseren Reihen!

Unfruchtbare Staatsarbeit.

Ein großer Industrieverband gibt uns Kenntnis von den nachfolgenden Fällen, die zeigen, daß viele Behörden immer noch nicht gelernt haben, sich den wirtschaftlichen Forderungen des Tages anzupassen.

1. In einer Strafsache der Staatsanwaltschaft I Berlin sind ein Werkmeister S. wegen Diebstahls und ein Lagerverwalter K. sowie ein Installateur S. wegen Hehlerei von nachweislich gestohlenen 15 000 Saphirsteinen am 29. September 1923 zu 30 000 bzw. 20 000 bzw. 10 000 ℳ Geldstrafe verurteilt worden, obwohl sie einen Wert von 1 800 000 000 ℳ gestohlen bzw. verhehlt hatten. Die Täter waren zwar geständig, immerhin dürfte es jedes Rechtsgefühl verletzen, wenn heutigentags bei einem Diebstahlsobjekt von 30 Goldmark Strafen in Höhe von 1/20 bzw. 1/30 bzw. 1/60 Goldpfennig verhängt werden. Es wird den Verurteilten schwer fallen, die Geldscheine zur Begleichung ihrer Geldstrafen aufzutreiben, nicht weil die Scheine so viel wert sind, sondern weil sie infolge ihrer völligen Wertlosigkeit bereits überholt sind und im öffentlichen Verkehr überhaupt nicht mehr existieren.

2. Am 18. September 1923 hat die 4. Strafkammer des Landgerichts II Berlin zwei Leute, die 21 Kilogramm Spulendraht im Werte von 67,5 Goldmark (also 4 Milliarden Papiermark) gestohlen hatten, zu einer Geldstrafe in Höhe des Wertes von 3 Zentner Briketts, also von etwa 240 Millionen Papiermark oder 4 Goldmark, verurteilt. Wir halten es für unmöglich, durch eine Geldstrafe von 4 Goldmark bei einem Diebstahl von 67,5 Goldmark (ohne Wiederbeschaffung des Gestohlenen) irgendeine Einschränkung der Diebstähle zu erzielen.

3. Die Oberpostdirektion X. schuldete uns an zu erstattenden Auslagen, die uns am 28. Juni 1923 erwachsen waren, 500 000 ℳ. Am 27. Juli 1923 erklärte sie sich bereit, uns die 500 000 ℳ, die natürlich inzwischen einen vollkommen anderen Wert bekommen hatten, mit 500 000 ℳ zu erstatten. Wir beschwerten uns hierüber beim Reichspostminister und erhielten — am 8. September 1923 auf unsere Beschwerde vom 31. Juli — endlich den Bescheid, daß uns unsere Unkosten in angemessenem Umfange erstattet werden sollen. Als wir nunmehr die Oberpostdirektion baten, diesem Erlaß entsprechend uns den Juniwert von 500 000 ℳ in angemessener Höhe im heutigen Gelde zu erstatten, erhielten wir prompt 500 000 ℳ am 17. September 1923, also den Wert eines Brötchens, obgleich wir durch die Aufwendungen, die wir ersetzt verlangten, der Post einen Wert von 27 Milliarden Papiermark (454 Kilogramm gestohlenen Bronzedraht) wieder zugeführt hatten. Auch auf weitere Beschwerde erklärte der Reichspostminister unsere Entschädigung in Höhe des Wertes eines Brötchens für angemessen, obwohl wir Ende Juni 1923 für die Post Unkosten im Werte von 1000 Brötchen bar aufgewendet und der Post im Juni einen Wert von 54 000 Brötchen zugeführt haben. Eine Reichsbehörde entzieht sich also dem von ihr an sich anerkannten Unkostenersatz in Höhe von 999 Brötchen durch Ueberweisung des Wertes eines Brötchens. Daß derartiges Verhalten verärgern muß und nicht zur Hilfsbereitschaft gegenüber den Behörden führt, liegt auf der Hand.

Die bayerische Steuerfrage.

Antwort Stresemanns an Knilling.

gt. **München**, 8. 10. (Eigenbericht.) Auf das bekannte Telegramm des bayerischen Ministerpräsidenten an den Reichskanzler wegen Milderung der Härten in den letzten Steuergesetzen ist am 6. Oktober folgende Antwort an den bayerischen Ministerpräsidenten eingegangen: „Wegen Milderung steuerlicher Härten verweise ich unter Bezugnahme auf meine Reichstagsrede, auf den Erlaß des Reichsfinanzministers vom 29. 9. 23 über die Berücksichtigung leistungsschwacher Steuerpflichtiger bei Durchführung der Steuergesetze. Damit dürfte die Gefahr für die Existenz der Betroffenen und für die öffentliche Ruhe und Ordnung behoben sein. Die Entscheidung über die sachgemäße Verteilung der zur Erhaltung des Reiches und der Länder unvermeidlichen Lasten muß der neugebildeten Reichsregierung vorbehalten bleiben.

gez. Dr. Stresemann.

Um die Ernährung.

pn. **München**, 8. 10. (Eigenbericht.) Die bayrische Landesbauernkammer wurde von der bayerischen Regierung aufgefordert, in den nächsten Wochen ausreichende Kartoffeln auf den Markt zu bringen und die Wohltätigkeitsverbände durch freiwillige Spenden in jeder Weise zu unterstützen.

*

pn. **München**, 8. 10. (Eigenbericht.) Das bayrische Landeswucheramt hat in den letzten Tagen große zurückgehaltene Getreidemengen der Ernte 1921/22 bei Landwirten beschlagnahmt. Bei einzelnen Landwirten sogar Mengen von 50—500 Zentner.

Die bayerische Antwort an Stresemann.

gt. **München**, 8. 10. (Eigenbericht.) Die Neubildung der Großen Koalition des neuen Kabinetts Dr. Stresemann hat an der kühl abwartenden, um nicht zu sagen ablehnenden Haltung der maßgebenden Kreise Bayerns nichts geändert. Die Antwort der bayrischen Regierung auf die Neubildung der Großen Koalition dürfte wohl in der Tatsache zu erblicken sein, daß der bayrische Vertreter im Reichsrat angewiesen ist, das Ermächtigungsgesetz, welches heute nachmittag im Reichstag zur Beratung steht, namens der bayrischen Regierung abzulehnen. Die Stellungnahme der bayrischen Regierung ist, wie ich höre, mit einer Erklärung begründet worden.

„Qui s'excuse . . . ."

Sd. **Dresden**, 8. 10. (Eigenbericht.) Dr. Zeigner läßt durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei erklären, daß seine Aeußerung, der Reichswehrminister Dr. Geßler werde eine Polemik gegen die Reichsregierung oder gegen den Reichswehrminister im sächsischen Landtag verhindern, ungenau wiedergegeben worden sei. Er habe nur mitgeteilt, der Major Uth habe dem sächsischen Verbindungsmann Dr. Kirbach erklärt, daß der Reichswehrminister Dr. Geßler eine solche Auseinandersetzung im gegenwärtigen Augenblick nicht für zweckmäßig hält.

*

Diese Richtigstellung, die gewiß nur gezwungen abgegeben worden ist, zeigt, mit welchen unsauberen Mitteln der Mann arbeitet, der an der Spitze Sachsens steht.

Familiennachrichten.

Am Sonnabend, den 6. Oktober 1923, verschied nach langem, schwerem Leiden im 63. Lebensjahre Frau verw. Baurat

Emma Heckmann,
geb. Oechelhaeuser.

Die Verstorbene gehörte seit fast zwei Jahren dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft an. Sie war durch ihre Ehe mit dem leider zu früh heimgegangenen Baurat Georg Heckmann, dem früheren Mitbesitzer unserer Werke und Mitgründer unserer Aktiengesellschaft, an dem Gedeihen und der Fortentwicklung unseres Unternehmens, besonders des Duisburger Hauptwerkes, aufs lebhafteste beteiligt.

Ihr reger Geist, ihre verständnisvolle, immer ausgleichende und gerecht abwägende Art, vor allem aber ihr seltener Herzenstakt sichern der Verewigten auch in unserem Kreise ein unvergängliches Andenken.

Aufsichtsrat und Vorstand der
C. Heckmann Aktiengesellschaft.
Dr. Max Oechelhaeuser,
Vorsitzender des Aufsichtsrats.

Statt besonderer Anzeige.

Heute abend erlöste ein sanfter Tod von langem, schwerem Leiden unsere inniggeliebte Schwester, Schwägerin, Tante und Großtante, die verw. Frau Baurat

Emma Heckmann,
geb. Oechelhaeuser,
im 63. Lebensjahre.

Berlin, den 6. Oktober 1923,
W. 62, Maaßenstr. 29.

Im Namen der Hinterbliebenen
Ida Heckmann, geb. Oechelhaeuser
Dr. Max Oechelhaeuser.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, d. 10. Oktober, nachm. 3 Uhr, im Krematorium zu Berlin-Wilmersdorf, Berlinerstraße, statt.
Von Beileidsbesuchen und Kranzspenden bitten wir absehen zu wollen.

Verlobungen: Frl. Maria Voit mit Georg Christophel, München—Mannheim. — Frl. Margot Neumond mit Alex Zanders, Frankfurt a. M. — Frl. Therese Miller mit Heino Fuchs, Pfaffenhofen—Posadas (Argentinien). —Frl. Mathilde Wertheimer mit Julius Löbmann, Kehl—Mannheim.

Vermählungen: Rechtsanwalt Dr. jur. Hans Blied mit Frl. Johanna Sartori, Köln-Lindenthal. — Hans Rogazinski mit Frl. Hertha Sommer, Magdeburg. — Leo Goldschmidt mit Frl. Else Philippsberg, Leipzig. — Adolf Engel mit Frl. Ilona Schey, Berlin. — Carl Petrich mit verw. Frau Else Schirop geb. Hoppenz, Berlin.

Geburten: Ein Sohn: Theo Engels u. Fr. Gerta geb. Pingen, Gut Geilrath (Rhld.). — Johannes Josef Wrede u. Fr. Maria geb. Forster, Köln. — Werner Mankiewitz u. Fr. Hilde geb. Müller, Frankfurt a. M. — Willy Samuel u. Fr. Nelly geb. Oppenheim, Charlottenburg. — Eine Tochter: Walter Lutze u. Fr. Anni geb. Gellinek, Nedlitz b. Potsdam.

Todesfälle: Kaufmann und Stadtrat Bernhard Hennig, Memel. — Hofuhrmacher Adolf Oppermann, Charlottenburg. — Hermann Friede, Gursen, Kr. Flatow. — Fabrikant Wilhelm Kliemt, Berlin. — Frau Margarete Schröder geb. Paetzold, Berlin. — Spediteur Louis Silberstein, Berlin. — Handelsvertreter Bernhard Beuthner, Breslau. — Frau Sara Fränkel geb. Strauß, Berlin. — Prokurist Peter Puley, München.

„Ein neues Lied".

Zur Erinnerung an die Anfänge des evangelischen Kirchenliedes.

Von
Pfarrer Theodor **Knolle**, Wittenberg,
Generalsekretär der Luther-Gesellschaft.

Hochsommer 1523. Gewitterschwüle lag über den deutschen Landen. Der Reformator predigte in der Wittenberger Stadtkirche: „Christliches Leben besteht in der Verfolgung. Die das Evangelium haben, müssen Schand leiden." Der Blitz fuhr in Brüssel nieder. Der Scheiterhaufen brannte. Zwei junge Mönche ließen standhaft ihr Leben für das Evangelium. Aber jubelnd sang Martin Luther in den Sturm hinein:

Der Sommer ist hart vor der Tür.
Der Winter ist vergangen.
Die zarten Blümlein gehen herfür.
Der das hat angefangen,
Der wird es wohl vollenden.

Ein Frühlingssturmgesang — so flattert das Lied von den zwei Märtyrern in die Welt und eröffnet den Reigen evangelischer Lieder. Es wird immer denkwürdig bleiben, daß Martyrium und Verfolgung dem trotzigen Manne von Wittenberg den Mund zum Gesang geöffnet haben.

Die neuesten Untersuchungen, die soeben in dem 35. Bande der Weimarer Luther-Ausgabe vorgelegt werden, machen es augenscheinlich, daß Luther seine Lieder kurz vor ihrer Herausgabe in den Gesangbüchern des Jahres 1524 gedichtet hat. Herbst und Winter 1523 werden zum evangelischen Liederfrühling, in dem die „Wittenbergisch Nachtigall" eine Weise nach der andern erklingen läßt. Wunderbar genug, wie ihm gleich die ganze Fülle der Töne zu Gebote steht: vom Jubelklang des „Nun freut euch liebe Christen gmein" bis hin zum Bußklang des „Aus tiefer Not". Wunderbar und dennoch verständlich — läßt er doch einfach den ganzen Reichtum seines deutschen Empfindungs- und evangelischen Glaubenslebens darin ausströmen. Freilich war es nicht einfach l'art pour l'art, ein künstlerischer Drang, dem er nachgab, sondern bewußtes künstlerisches Schaffen zum Heil des Volkes und zur Begründung der neuen Kirche. Es ist nicht irgendein deutscher Mensch, in dem der Dichter in späten Jahren erwacht — wie auch ein Conrad Ferdinand Meyer, ein Fritz Reuter, ein Detlev von Liliencron in reiferem Alter erst zu Dichtern geworden sind; es ist der Prophet seiner lieben Deutschen, der seine Künstlernatur ihnen dienen läßt. Er ruft ausdrücklich in diesem Winter die „Germanischen Poeten" auf, fromme Lieder zu dichten. Inzwischen geht er selbst ans Werk. Die ersten Gesangbücher, die im Jahre 1524 in Wittenberg, Erfurt und Nürnberg erschienen, bringen bereits 24 Lieder von Luther, das heißt zwei Drittel seiner Kirchenlieder überhaupt! Die ganze innere Spannkraft dieses Heroen unseres Geisteslebens liegt in diesen Zahlen beschlossen. Wie er auf der Wartburg nur wenige Winterwochen gebraucht hat, um das Neue Testament in das „geliebte Deutsch" in einem großen Wurf zu übertragen, so genügt ein Winter des vielbeschäftigten Predigers, Professors und Kirchenreformers, um den Grundstock eines evangelischen Gesangbuchs zu schaffen — beide Male aber entstehen nicht Dokumente kirchlicher Zweckgedanken, sondern aus einer tiefbewegten Seele religiöse Glaubensurkunden, die — literarische Denkmäler nationaler Sprachkraft — unvergleichlichen Einfluß auf die ganze deutsche Entwicklung und unerschütterliche Bedeutung auch in der Gegenwart noch haben.

Der Eindruck der Lieder auf die Zeitgenossen war unbeschreiblich. Ehe die Gesangbücher sie zusammenfaßten, wurden manche von ihnen als Flugblätter dem Volke bekannt, zum Teil noch im Jahre 1523. Welches Aufsehen sie machten, spiegelt sich deutlich in dem Berichte einer Magdeburger Chronik wieder. Darnach hielt ein Tuchmacher auf dem Magdeburer Marktplatz beim Kaiser-Otto-Denkmal die ersten Luther-Lieder feil und sang sie dem Volke vor. Der Bürgermeister ließ ihn ins Gefängnis werfen, aber eine große Menge bestürmte das Rathaus und gab nicht eher Ruhe, als bis der Sänger wieder freigegeben war. „Er lehret Mann und Weib, auch Jungfrauen und Gesellen, so viele, das die Deutschen Lieder und Psalmen so gemein worden, daß die von gemeinem Volcke dieselbigen fornach teglich in allen Kirchen, ehe man die Predigten angefangen, offentlich gesungen und noch singet." So wurde das Lied zum Träger der reformatorischen Bewegung.

Luther hat ganz bewußt altes Erbgut übernommen und ausgebaut. Sein „Mitten wir im Leben" nimmt die altkirchliche Antiphona ae morte auf, die als Klage- und Bittgesang, als Gedächtnislied für Verstorbene, als machtvolles Schlachtlied, auch als Zauberspruch zu den berühmtesten Liedern des Mittelalters gehörte. Auch in den Weihnachts-, Oster- und Pfingstliedern baut er auf alten deutschen Strophen auf. Aber auch das weltliche Volkslied steht Pate. Sein „Kinderlied auf die Weihnacht zu singen", knüpft deutlich an das Kranzsingen an, das unter der Dorflinde so anhob:

Ich kumm aus frembden Landen her
und bring euch viel der newen mär,
der newen mär bring ich so vil,
mer dann ich euch hie sagen wil.

Im Märtyrerliede wird wieder die historische Volksballade in ihren festgeprägten Formen verwendet. Man vergleiche seinen Anfang

Ein neues Lied wir heben an,
das walt Gott unser Herre,
zu singen, was Gott hat getan,
zu seinem Lob und Ehre

mit dem Beginn des Tannhäuser-Liedes:

Nun will ich aber heben an
von dem Danhauser singen
und was er wunders hat getan
mit Venus, der edlen Minne.

Freilich wichtiger als diese volkstümlichen Formen der Luther-Lieder war ihr Inhalt. Was an ihm die Hörer ergriff, war nicht das Alte, sondern das Neue. Sie empfanden es als Wirklichkeit: „Ein Neues Lied wir heben an." Wie hier deutsche Zunge vom Glauben sang, das war unerhört.

Doch in der Einheit von Dichter und Sänger stellt sich uns die künstlerische Persönlichkeit Luthers dar. Es war eine zeitlang Mode den Musiker Luther nicht zu hoch einzuschätzen. Die neuesten Untersuchungen von H. J. Moser (zusammengefaßt in „Luther, Mitteilungen der Luther-Gesellschaft, 1923, Heft 3 und 4") beweisen, daß man gar nicht hoch genug von ihm auch in dieser Beziehung denken kann. Nicht nur daß Luther musikalisch ausübend tätig war, die Flöte blies, die Laute spielte, einen „kleinen, tumperen Tenor" sang, er war auch kompositorisch hinreichend vorgebildet und begabt, so daß ihm die Erfindung und Wiedergabe von Melodien wohl zuzutrauen sind. Die allgemeine musikgeschichtliche Beobachtung, daß beim deutschen Volks- und Gesellschaftsliede damaliger Zeit „Singen und Sagen" Hand in Hand gingen, führt darauf, daß Dichter und Melodist auch hier oft genug in Luther vereint waren. Ja, Moser glaubt, die von Luther verfaßten Melodien an einem besonderen Merkmal rhythmischer Beziehung feststellen zu können, das sich sonst nirgend in so temperamentvoller Häufung wie gerade bei Luther finde. Wie dem auch sei, Luthers schöpferischer Anteil an der Erfindung der neuen Melodien kann nicht mehr bezweifelt werden. Kretzschmar zählt daher Luther „zu den echten, den vorbildlichen, den unübertroffenen Tonsetzern" und nennt seine Weisen gegenüber den besten späteren Choralmelodien „alte Sturmeichen im jungen Nadelwald".

Eichendorff, der katholische Romantiker, sagt in seiner Geschichte der poetischen Literatur Deutschlands: „Die ersten protestantischen Kirchenlieder sind schöne Kriegslieder, mitten im Getümmel der Geisterschlacht oder in Zeiten der Not auf nächtlicher Runde und Feldwacht erfunden, voll männlicher Zuversicht in Glück und Unglück und ohne allen Gesang kaum denkbar. Auch hier hat Luthers heldenhafte, durchaus volksmäßige Persönlichkeit und hinreißende Sprachgewalt mit seinem „Ein feste Burg ist unser Gott!" die Bahn gebrochen. In Zeiten der Not — voll männlicher Zuversicht — was brauchen wir heute nötiger als solche Quellen der Kraft! Sie rauschen noch immer in diesen alten Liedern.

August Scholz, der sich durch viele Uebersetzungen, vor allem aus dem Russischen, einen Namen gemacht hatte, ist im Alter von 66 Jahren in Berlin gestorben. Tolstois Romane, Werke Gorkis und vieler anderer russischer Dichter hat er mit Sorgfalt und Geschmack ins Deutsche übertragen.

Quartett.

Novelle
von
Michael Moor.
(1. Fortsetzung.)

Bei wem sie zu Gaste sei, wollte sie wissen.

„Bei mir, verehrte und sehr gnädige Dame", sagte der Flügel und verbeugte sich, was, wie er wohl wußte, täppisch aussah und komisch wirkte, „bei meiner Wenigkeit, bei mir und bei keinem anderen. Dies ist mein Salon, Boudoir oder Studio, wenn Sie gestatten. Hingegen doch wiederum nicht bei mir. Ich besitze keine eigene Wohnung; ich bin leider unverheiratet, Junggeselle sozusagen, Gott sei's geklagt, oder auch Gott sei Dank, in Anbetracht des Umstandes, daß auch Sie vielleicht noch zu haben sind. Wie?"

„Durchaus noch zu haben", sagte sie ernst. „Aber wem gehört nun die Wohnung?"

„Meiner Schwester, meiner Frau Schwester, denn sie hat einen Mann, und sogar Kinder, und ich habe von ihr zwei Zimmer zur Miete. Zu dienen, mein sehr gnädiges Fräulein!"

„Ist Ihre Frau Schwester daheim?"

„Keineswegs, oder doch vielleicht, ja sogar wahrscheinlich. Doch bitte ich unterwürfig, sich keinerlei Befürchtungen hinzugeben: die Tür ist abgeriegelt."

„O, Sie dürfen keinen Damenbesuch empfangen?"

Er lächelte hilflos. „Die Frage ist noch ungeklärt. Es war bisher kein Anlaß."

„Ei, wie artig", sagte sie, und sah aus dem Fenster, um zu prüfen, ob der Rückweg intakt sei. Dann begann sie mit Eifer:

„Ich will von keinem von Ihnen den Namen wissen; dafür habe ich das Recht, selbst inkognito zu bleiben. Aber was Sie sind und was Sie treiben, müssen Sie mir sagen, ja? Also bitte, Herr Gastgeber!"

„Was ich bin? Nicht viel, meine Gnädigste, nicht der Rede wert. Nichts, was Sie vielleicht schätzen, weder Husarenrittmeister noch Schauspieler — Bibliothekar, fürstlicher Bibliothekar und Privatsekretär. Sie wissen: das fürstliche Schloß hier drüben, nicht wahr? Also: staube die Bücher ab und lese darin. Friedliche Beschäftigung, nicht sehr einträglich. Sehe die Herrschaften im Jahre vielleicht dreimal. Weiter habe ich es nicht gebracht."

„Was spielen Sie da?" Sie nahm das Notenheft vom Flügel und blätterte. „O, geschriebene Noten! Selbst komponiert? Einer von Ihnen?"

„Wiederum ich", sagte der Bibliothekar, „meine Wenigkeit. Nicht der Rede wert. Mist, sozusagen, wenn ich mir ein solches Wort in Ihrer Gegenwart gestatten darf."

„Nein, das dürfen Sie keineswegs."

„Verzeihung! Es ist mir nur so entfahren. Junggesellenmanieren. Habe jedenfalls noch keinen Verleger gefunden."

„Sie spielen Klavier, das habe ich von drüben erkannt. Aber welches ist nun der Geiger?"

Der schlanke Schwarze trat vor, ließ das Einglas aus dem Auge schnippen und verbeugte sich ritterlich. Er glaubte von sich, daß er zwanzig Jahre jünger aussehe, als er war, etwa wie ein Dreißiger. Aber sein Zittern verriet ihn.

„Paganini," sagte er, ehrfurchtsvoll gebeugt mit hängenden Armen, „Mitarbeiter des Generalanzeigers hiesiger Haupt- und Residenzstadt, zugleich Korrespondent auswärtiger Blätter, nicht unvermögend, zu Zeiten stark rheumatisch, aber noch zu allen Abenteuern aufgelegt und selbstverständlich unverheiratet."

„Gleichfalls unverheiratet? Die anderen Herren am Ende auch?"

„Alle vier unverheiratet. Und wenn wir es nicht wären, wir würden um Ihretwillen alle Fesseln sprengen."

Er richtete sich auf und trat zurück, stolz auf seinen gewählt jugendlichen Anzug, und es störte nur wenig, daß er in seinem eleganten Schuhwerk über die große Zehe ging.

Nun meldete sich das Cello.

„Sie müssen Offizier sein", rief sie ihm zu, und er erwiderte laut: „Zu Befehl. Hauptmann a. D. Stark heruntergekommen zum Geschäftsführer und Oberkoster einer Kaffeerösterei. Soldaten müssen eben alles können. Beiläufig kein übler Posten."

„Aber warum sollte es?" sagte sie. „Kaffee ist ein gutes Ding. Und zum Kosten gehören gewiß feine Nerven. Nun bleibt noch die Viola. Aber was ich aus Ihnen machen soll, weiß ich gar nicht."

„Hm", machte der Bratschist und kaute seinen Schnurrbart; er hatte sich gesetzt und begnügte sich damit, seinen Oberkörper für einen Augenblick aufzurichten. „Ist auch schwer klug zu werden aus mir. Werde selber nicht klug daraus. Gegenwärtig Gutsinspektor hier in der Gegend. Eigentlich Arzt. Hm. Seltsam, nicht wahr? Sind so Umstände. Hm."

„So weit wären wir nun", sagte sie und spielte mit einem Gehänge von allerlei metallenen Sächelchen, das ihr an silberner Kette hing. „Nun werden Sie wissen wollen, wer ich bin, die ich mich nicht scheue, in der Dunkelheit zu vier Junggesellen einzudringen. Bitte, raten!"

Man riet: Schauspielerin, Waise, reiche Erbin, entsprungener Pensionszögling, und einigte sich, da sie zu allem den Kopf schüttelte, auf das Votum der Geige: „Jedenfalls eine sehr begehrenswerte und untadelige junge Dame."

„Danke für die gute Zensur", sagte sie und fuhr fort, indem sie aus dem Fenster wies: „Dort drüben sitzen meine Herren Eltern; trinken ein Schälchen Kaffee, bevor wir weiter reisen; denn" — sie zog die Uhr — „in einer halben Stunde geht es fort."

Die Enttäuschung der vier war ohne Grenzen. Sie beschwichtigte. „Hören Sie zu. Ich will Ihnen mein Leid klagen, trotzdem ich Sie nicht kenne. Oder vielmehr, eben weil ich Sie nicht kenne und Sie mich nicht, will ich mein Herz vor Ihnen ausschütten. Denn ich bin nicht umsonst hier herübergeklettert, aller Vernunft zum Trotz. Geben Sie mir, bitte, ein halbes Glas von Ihrem Getränk da. Und eine Zigarette. Danke!"

Dann hub sie an: „Sie haben gar nicht schlecht geraten. Ich komme mir hier bei Ihnen wahrhaftig vor wie aus dem Pensionat entlaufen. Auch werde ich einmal erben. Und Eltern habe ich nicht."

Also hatte sie vorhin gelogen?

„Keineswegs. Ich nenne die guten betagten Leute da drüben Papa und Mama. Aber ich bin ein angenommenes Kind."

Wie traurig! Und man behandelte sie schlecht?

„Im Gegenteil! Und das ist ja mein Unglück. Können Sie sich vorstellen, daß man an zu viel Liebe zugrunde geht? Ja? Nun, sehen Sie, das ist mein Schicksal. Annuschka, liebes Annuschkachen! Erkälte dich nicht, mein Kind!" — sie machte sehr drollig nach — „Du siehst blaß aus, mein Herzblatt. Wir werden den Doktor fragen. Sie muß ins Gebirge, unser Liebling. Oder vielleicht lieber an die See? Aber sie ist ein bißchen bleichsüchtig. Schicken wir sie aufs Land. Und begleiten wir sie, fahren wir alle zusammen. — Ich bitte Sie, meine Herren, ich bin über zwanzig; so behandelt man einen erwachsenen Menschen. Aber weiß der Himmel! ich bin endlich zu alt dazu. Ich ertrage so viel Zärtlichkeit nicht, und nicht den Luxus und nicht das Geld. Ich laufe fort! Verstehen Sie mich, meine Herren?"

Sie verstanden durchaus, schalten auf die zärtlichen Quälgeister, auf die Mädchenerziehung im allgemeinen und sannen auf Rettung. Warum sie nicht heirate?

„O, das ist eine Tragikomödie. Sie zittern vor dem Tag, meine braven Eltern, wo ich einen Mann finden werde, und leben zugleich in der Furcht, ich könnte sitzen bleiben. Es wird also nach der passenden Partie gesucht, gemeinsam, alle zusammen suchen wir. Man geht in Gesellschaft, man lädt ein, man führt mir Herren zu. Aber dieser sieht nicht gesund aus; jener hat einen zu anstrengenden Beruf; was sollte ich an den Abenden anfangen? Mein Mann muß mir zur Verfügung stehen, er muß ein hübsches Spielzeug sein. Bei dem einen konveniert die Familie nicht, bei dem anderen stört der Name. Der eine ist zu korpulent, der andere ist zu groß — o, sie denken an alles, meine guten Eltern! Und geben Sie acht, ich werde sitzen bleiben! Wo wäre auch ein Mann, der in dieser Stickluft von Liebe und Vorsicht zu leben wagte?"

Das Quartett mußte lachen.

(Fortsetzung folgt.)

Unpolitische Tagesschau.

Die dunkeln Treppen.

Einstellung der Flurbeleuchtung.

Zahllose Häuser findet man jetzt bei Anbruch der Dunkelheit verschlossen. Andere, die geöffnet sind, sind stockdunkel. Flur- und Treppenaufgänge sind nicht beleuchtet. Nur mit Streichhölzer oder Taschenlampe kann man sich die Treppen hinauf tasten, sofern nicht der Knopf für die Nachtbeleuchtung Helligkeit spendet. Das Licht ist wie alles andere teuer geworden. Eine Kilowattstunde Lichtstrom kostet in dieser Woche 60 Millionen. Eine 40 Wattlampe verbrennt in zwanzig Stunden eine 1 Kilowatt. Rechnet man auf ein vierstöckiges Gebäude 5 Lampen, so würden die Beleuchtungskosten bei 90 tägiger Brenndauer (im Oktober (von Sonnenuntergang bis 8 Uhr abends) etwa 1,3 Milliarden betragen. Im November beträgt die Brenndauer 120, im Dezember 140 Stunden. Die Kosten würden für diese beiden Monate (beim Tarif von 60 Millionen) auf 1,8 bezw. 2,1 Milliarden anwachsen.

Die Deckung dieser Kosten ist Sache des Mieters. Der Hausbesitzer ist lediglich davon befreit. Die Mieter, die mit Hauseinigung, Wasserversorgung, Müllbeseitigung und zuweilen anderen Gebühren ihre Monatsrechnungen an Ihnen leben, suchen zu sparen, wo es irgend geht. Und da sie in vielen Fällen die Hausbeleuchtung für entbehrlich halten, beschließen die Mieterräte kurzerhand ihre Abschaffung. Durch Plakatanschläge wird in vielen Häusern auf diese Tatsache hingewiesen.

Es erhebt sich die Frage, ob die Mieterräte zu ihrem Vorgehen berechtigt sind. Noch immer ist die Polizeiverordnung in Kraft, derzufolge die Häuser vom Einbruch der Dunkelheit bis zum Tagesanbruch beleuchtet sein müssen. Bisher duldete der Hausbesitzer für alle Unfälle, die sich aus einer Nichtbeachtung der Vorschriften ergaben. Es ist zweifelhaft, ob diese Haftpflicht nun ohne weiteres auf die Mieterschaft übergeht. Neue Bestimmungen darüber liegen bisher nicht vor. Was geschieht, wenn jemand in einem unbeleuchteten Treppe die Treppe herunterfällt und einen schweren Unfall erleidet? Kann der Hausbesitzer, der gesetzlich für den Schaden haftbar ist, seine Verpflichtungen auf den Mieterrat abwälzen? Ist der Mieterrat berechtigt, ohne Genehmigung des Wirtes die Beleuchtung einzustellen? Die gesetzliche Haftpflicht besteht so lange, wie ein „Verkehr" im Haus unterhalten wird, d. h. solange das Haus bei offener Haustür allgemein zugänglich ist. Die Haftpflicht erlischt mit dem Augenblick, wo die Haustür und damit der „Verkehr" geschlossen wird.

Die Mieterräte glauben sich dadurch aus der Affäre ziehen zu können, daß sie die Häuser unmittelbar bei Eintritt der Dunkelheit schließen. Dieser Zustand wird sich aber in den Wintermonaten nicht aufrechterhalten lassen. Es geht nicht an, daß die Hausbesitzer schon nachmittags um 4 oder 5 Uhr, sobald es dunkel wird, geschlossen werden. Briefträger, Zeitungsboten und andere Besucher des Hauses fanden keinen Einlaß mehr. Die Mieter waren nachmittags von der Außenwelt abgeschlossen. Die Post könnte wahrscheinlich mit Bergsalen die Gelegenheit ergreifen, um die Nachmittagsbestellung ganz einzustellen. Außerdem verzichtet die Dunkelheit der Häuser die Gefahr für Einbrüche und Ueberfälle. Lichscheues Gesindel kann sich unbemerkt in die Häuser einschleichen und seinem Gewerbe nachgehen.

Im Interesse der allgemeinen Sicherheit und der rechtlichen Ansprüche der Mieterschaft ist eine baldige Klarstellung dieser Rechtsfrage dringend erforderlich.

L.

30 Billionen für den Weiterbau der Nordsüdbahn.

Die zur Beratung über die Mittelbeschaffung für den Weiterbau der Nordsüdbahn eingesetzte gemischte Deputation trat gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Böß zu einer Sitzung zusammen. Wie wir erfahren, kam sowohl auf seiten des Magistrats wie bei den Stadtverordneten infolge der finanziellen Entwicklung des Nordsüdbahnverkehrs der entschiedene Wille zum Ausdruck, den Bau der Nordsüdbahn weiter zu führen und die ganze Eisenbahn durch die Gesellschaftsform und Haftenbeite nach dem bereits fertiggestellten Teilstück in Neukölln bis zum Germanoplatz herzustellen. Für die nächsten Arbeiten sind vom Reich 30 Billionen als Darlehn bewilligt worden.

Neue Tarife bei der Hochbahn.

Zugleich mit der Tariferhöhung bei der Stadtbahn und Straßenbahn wird die Hochbahngesellschaft vom Mittwoch, den 10. d. M., ab folgende Fahrpreise (in Millionen Mark) erheben: Für eine Fahrt bis zum 5. Bahnhof in der 3. Klasse 6 M., in der 2. Klasse 9 M.; für die ganze Strecke in der 3. Klasse 9 M., in der 2. Klasse 12 M. Blocks zu zehn Karten kosten bis zum 5. Bahnhof 3. Klasse 60 M., 2. Klasse 75 M.; für die ganze Strecke 3. Klasse 75 M., 2. Klasse 100 M. Wochenkarten zu zwölf Fahrten für die ganze Strecke kosten: 3. Klasse 75 M., 2. Klasse 100 M. Die jetzigen Fahrkarten können in der Weise benutzt werden, daß jedes Stück derselben Sorte für eine Fahrt verwendet werden.

Strenge Innehaltung der Polizeistunde.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund von Presseanfechtungen über Verhandlungen der Verlängerung der Polizeistunde in Berlin an Sonnabenden und Sonntagen sowie die beabsichtigte Zulassung eines vierten Zusatzages in der Woche sind bei der noch in Kraft befindlichen Verordnungen stellenweise überschritten worden. Die Abteilung W des Polizeipräsidiums macht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die weitergehenden Begünstigungen noch nicht durchgeführt sind, und warnt daher vor Uebertretung der bisherigen Bestimmungen. Es ist beabsichtigt, daß die 12-Uhr-Polizeistunde und es sind nur drei Zusatzage in der Woche zulässig.

Die Auflösung des Flüchtlingslagers Adlershof.

Die Mißstände im Flüchtlingslager Adlershof sind schon in vergangen Jahre in der Oeffentlichkeit kritisch besprochen worden, ohne daß eine durchgreifende Abhilfe vorgenommen wurde. Die Baracken, deren Instandsetzungen mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden ist, sollen jetzt nach und nach geräumt werden. Zu diesem Zweck hat die Stadt Berlin einen dritten Flügelsatz am Bebelsamweg in Treptow den Bau von 62 Wohnungen in massiven Mittelhäusern mit Hilfe von Landes-, Gemeinde- und Arbeitgeberzuschüssen begonnen. Die Baukosten stellen sich heute auf mehrere Billionen und können von der Stadt allein nicht aufgebracht werden. Deshalb hat sich die Stadt mit den Reichsbehörden in Verbindung gesetzt.

Die Frau erschossen.

Ein Gattenmörder vor Gericht.

Unter der Anklage der Ermordung seiner Ehefrau Hedwig wurde der Packer Adolph Spell den Geschworenen des Landgerichts II vorgeführt. Der Angeklagte hat am 1. März dieses Jahres um 12 Uhr mittags seine Ehefrau, die von ihm seit einiger Zeit getrennt lebte, mit einer Waffe erschossen. Alsdann hat er die Schußwaffe gegen sich selbst gerichtet und sich mehrere Schüsse in den Kopf gegeben. Er fiel nach langem Siechtum für er wieder vollständig bewußtlos geworden. Der Ehe sind drei Kinder entsprossen, von denen die beiden ältesten am Leben sind. Bis 1913 habe er mit seiner Frau sehr gut zusammengelebt. Im Jahre 1914 ab sei es aber fortwährend zu Zerwürfnissen gekommen. Seine Frau habe ihm die ehelichen Pflichten verweigert, so daß er sie mehrmals verprügelt habe. Er habe aber trotz für sie und seine Familie gut gesorgt. Die Frau habe ihn bösliche sich ganz vernachlässigt und habe ihm nicht mal mehr das Essen gekocht. Anfang des Jahres hatte sie ihm erklärt, daß sie ihn nicht mehr liebe. Daraufhin habe er sie aus seiner Wohnung getrieben. Nachdem auch die Kinder von ihm weggegangen waren und die Frau sich hartnäckig weigerte, zurückzukehren, sei er ohne Bestimmung gewesen. Er habe schließlich den Entschluß gefaßt, ihr einen Denkzettel zu geben und sich dann das Leben zu nehmen.

Dem Angeklagten wird entgegengehalten, daß schon im Februar sein Sohn auf der Polizei Anzeige machte, daß sein Vater eine Schußwaffe und einen Revolverscheck habe und Drohungen gegen die Mutter ausgesprochen habe. Zur Verhandlung ist ein großer Zeugenapparat aufgeboten. Die Verwandten des Angeklagten führen den Zerwürfnis zu, während die Verwandten der Frau die Schuld auf den Mann schieben. Die Verhandlung wird fortgesetzt.

Zunehmende Arbeitslosigkeit.

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit in Berlin schreitet bei unhaltend verminderten Beschäftigungsmöglichkeiten fort. Es waren nach dem Wochenbericht des Landesarbeitsamts 100 620 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen gegen 157 587 der Vorwoche. Darunter befinden sich 111 258 (110 635) männliche und 48 268 (46 952) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 77 699 (64 000) männliche und 20 537 (16 894) weibliche, insgesamt 98 176 (81 560) Personen.

Nächtliche Sumpfhäschen.

Um 2½ Uhr nachts wurde eine Zivilstreife der Schutzpolizei von einem Schleicher angesprochen und nach der Wohnung des Arbeiters Paul Grohmann, Linienstraße 154a, geführt. Hier saßen sechs Personen beim Baccarat, die den Weg nach der Wache antreten mußten. Sämtliches Spielgerät verfiel der Beschlagnahme.

Um 3 Uhr nachts erschien auf der Wache des 33. Polizeireviers ein Passant, der die Polizei auf ein Nachtlokal im Hause Lützowstr. 75 aufmerksam machte. Über Beamte begaben sich dorthin und trafen in der Wohnung von Mitter 15 Personen bei einem Skatgelage an. Die ganze Gesellschaft wurde festgestellt. Für eine Flasche Sekt entnahmen der Unternehmer 1 Billiarde 800 Millionen Mark.

In früher Morgenstunde wurde in dem Lokal von Rabemacher, Brandenstr. 7, ein Spielfuß angeschossen, dem acht Personen anwohnten, von denen die meisten Ausländer sind. U. a. sind ein Schlesier, 50 dänische Kronen und 800 Millionen Mark deutsches Geld beschlagnahmt worden.

Die Abwanderung der Taschendiebe.

Eine Taschendiebstahlbande brachte der Streife bei der Hoch- und Untergrundbahn den Taschendieben. Die Gesellschaft führte zu einem groben Unfug auf den Straßenbahnhöfen, und die Taschendiebe wanderten sofort mit den Fahrgästen ebenfalls zur Straßenbahn ab. Die Polizeibeamten, die bisher auf der Hochbahn „gearbeitet" hatten, waren gestern von Beamten der Sonderstreife der Kriminalpolizei auf der Linie 176 auf frischer Tat ertappt und unschädlich gemacht, gewerbsmäßige Diebe namens Baron, Kröpke und Müller.

Grenzfreiheit für Automobilriebe.

Die Automobildiebstähle nehmen in der letzten Zeit erschreckend zu. Seit Sonnabend mittag wurden der Kriminalpolizei nicht weniger als 5 Diebstähle dieser Art gemeldet. Die Diebstähle der Automobildiebstähle ist augenscheinlich eine Folge der Aufhebung der Außenbandelsfontrolle. Diese machte es bisher den Dieben leid unmöglich, mit der Beute über die Grenze zu kommen. Ein Abhau im Deutschen Reiche selbst aber war immer schwierig und gefährlich. Jetzt ist es den Dieben leicht, in kurzer Zeit die Grenze zu überschreiten.

Schweres Autounglück bei Hannover.

Aus Hannover wird drahtlich gemeldet: In der Nacht zum Montag stürzte auf der Kunstforter Chaussee bei Seelze unweit Hannover der Kraftwagen des Kaufmanns Oelkrich eine steile Böschung hinab. Drei Personen waren sofort tot, darunter zwei Frauen. Der Besitzer des Autos erlitt eine so schwere Gehirnerschütterung, daß man gleichfalls um sein Leben fürchtet. Zwei andere Personen trugen Arm- und Beinbrüche davon.

Kurze Meldungen.

Der Fangunternehmer Marschall in Berlin-Lankwitz ist berechtigt, jetzt 82 Millionen Mark Fanggebühren und täglich 5,5 bis 11 Millionen Mark an Futter- und Pflegekosten je nach Größe des Hundes zu beanspruchen.

Erzherzog Joseph Franz, der Sohn des Erzherzogs Joseph, hat sich eine Budapester Melodie zufolge mit der Prinzessin Anna von Sachsen, der Tochter des ehemaligen Königs Friedrich August, verlobt.

Der Arbeiter Fischer in Herischdorf in Schlesien ermordete in der Nacht zum Sonntag aus bisher unbekannten Gründen seine Frau und seine vier Kinder im Alter von drei bis vierzehn Jahren. Ein Kind von einem Jahr ließ er am Leben. Er stellte sich dann selbst der Polizei.

In Straubing wurde der Fahrradhändler Haselbeck, der einen Hochspannungsmast der elektrischen Freileitung besteigen hatte, in dreißig Meter Höhe vom Starkstrom erfaßt und schwer geschleudert. Beide Arme mußten ihm abgenommen werden.

Sport.

Rennen zu Karlshorst.

Salvatorl Sieger im Helden-Gedächtnis-Rennen.

Der schwache Besuch dieses niederschreckenden Renntages stimmt bedenklich. Auch der größte Optimist wird für den Reif der überspannten Berliner Geldmärkte die Ursache des geringen Erscheinens rechnen können. Auch die Felder waren mit Ausnahme der Herrenreiten recht schwach. Der Mangel an Pferdematerial macht sich von Renntag zu Renntag mehr bemerkbar, so daß der jüngste Jahrgang stets an den Flachrenntagen den Herausreiter wird spielen müssen.

Das Hauptereignis, das Helden-Gedächtnis-Rennen mit seinen schönen, alten Friedensumfeldern, rief manche Erinnerung wach. Spontaner Beifall bei Pferdeaufgang beim Aufgalopp wie eine Salve über den Grabe unserer gefallenen Helden. — Das Rennen selbst wurde nach spannendem Verlauf eine siegende Beute des Zepperlschen Sanyarb, auf dem St. Staudinger ein wohlüberlegtes und forsches Rennen ritt; lebhaft, daß der junge Reiter mit seine Uniform zur Stelle bestie. Man hatte gerade in diesem Rennen gerne die Uniform, das Wahrzeichen der alten Herrenreiterei aus Vorkriegszeiten, in Front gesehen.

Das abschließende Herren-Flachrennen bei Alltm. Braune auf Werftrip erneut Gelegenheit, eine Probe seiner bekannten Reiten zu geben.

E. S.

Die Resultate: Hera-Hürden-Rennen. 1. Graefs Maria (Krause). 2. Simplicius. 3. Fiau Holle. Tot.: 52, Pl. 17, 18, 21. Ferner: Wellenbrecher (ausgl.), Hunnen, Bücher, Mariette. 1—8 bis 2½ L. — Raven-Jagdrennen. 1. Sühmanns Leichtsicht (Herr v. Bertch). 2. Diamant. 3. Fahrt. Tot.: 21, Pl. 12, 13. Ferner: Glückstadt, Sultan VIII, Angstil. 1—10½ L. — Werdermerl-Hürdenrennen. 1. Bahnsts Kadet (Kuhlich). 2. Cilen. 3. Cactar II. Tot.: 14, Pl. 11, 11. Ferner: Alemba, Pistanet. 1—2½ L. — Helden-Gedächtnisrennen. 1. S. v. Zepper-Laskis Salvatorl (Herr Staudinger). 2. Herod. 3. Trompeter. Tot.: 29, Pl. 17, 23. Ferner: Dubrtitze, Hamburg, Voigt. — Jäger-Preis. 1. Renaud Eichwalds (Maisch). 2. Burgritter. 3. Immelmann. Tot.: 24, Pl. 17, 41. Ferner: Bolero, Valentina, Lollo. — Eiche-Jagdrennen. 1. Gutsbesitzer Bigel (Tuch). 2. Adolphus. Tot.: 12. 6 L. — Riesen-Flachrennen. 1. Graf Christiansens Weiberk (Wiese, Krause). 2. Tannünig. 3. Wind. Tot.: 29, Pl. 13. Ferner: Mortala, Feierabend, Paria, Dahome, Orpdin. 1½—3—7½ L.

Handballmeisterschaft der Turner.

In dem Endspiel um die deutsche Handballmeisterschaft, das gestern in dem Kölner Stadion vor etwa 10 000 Zuschauern zwischen der Turngesellschaft-Stuttgart und Turn-Düsseldorf ausgetragen wurde, wurde der Sieg mit 3:1 (Halbzeit 1:1) deutscher Meister.

Köhler-Berlin gewinnt die deutsche Gehermeisterschaft.

Auf einer 50 Kilom. langen Strecke mit Start und Ziel auf der Leipziger Rennrennbahn wurde als letzte Leichtathletikmeisterschaft des Jahres die im 50-Kilom.-Gehen zur Entscheidung gebracht. Von 22 Gemeldeten stellten sich 14 dem Starter.

Allmeister Hermann Müller legte sofort ein sehr scharfes Tempo vor, mußte aber, nachdem er einen Vorsprung von acht Minuten herausgeholt hatte, im letzten Viertel der Strecke aufgeben. Durch einen Gemeinsamkeitsbruch hatten die Wege hart aufgeweicht und machten das Gehen sehr beschwerlich. Der Berliner Meister Köhler gewann sich nach dem Ausscheiden von Müller jetzt in Front und konnte einen sicheren Sieg davontragen. Um den zweiten Platz gab es einen harten Kampf zwischen Haupt-Berlin und Groß-Handshuh, bei ersterer zu seinen Gunsten entschied. Das genaue Ergebnis: 1. Köhler-Berlin 5:20:14,8, 2. Haupt-Berlin 5:20:57,2, 3. Groß-Handshuh 5:21:20, 4. Peitsch-Chemnitz, 5. Drahbe-Gladenbeck.

Radrennen in Breslau.

Die in gänzend verlaufene Breslauer Radrennsaison wurde am Sonntag abgeschlossen. Zwei deutsche Radfahrer Meisters war die Bahn auskommen. Die beiden Dauerrennen über 20 Kilometer und eine Stunde hatten zu Zeiten Spezialfahrer des Meisters Rosellen. Im 20-Kilometer-Rekordfahren mußte er sich zwar um 50 Meter von Weiß geschlagen bekennen, im Stundenrennen aber lagte er unangefochten. Bis auf Feja hielten sich alle übrigen Teilnehmer recht gut. Die Ergebnisse 20-Kilometer-Rekordfahren: 1. Weiß 18:40, 2. Rosellen 50 Meter, 3. Betonmann 180 Meter, 4. Schubert 210 Meter, 5. Feja 2400 Meter zurück. — Stundenrennen: 1. Rosellen 63,400 Kilometer, 2. Weiß 850 Meter, 3. Betonmann 600 Meter, 4. Schubert 860 Meter, Feja weit zurück.

Radrennen in Treptow.

Der Gau 20 des D. R. M. brachte auf der Radrennbahn Treptow ein Dreistundenmannschaftsfahren zum Abschluß, das im Zeichen der Ueberlegenheit des Paares Wassenhein-Schmidt (Krampe) stand. Diese beiden hatten nach der 5. Wertung alle anderen Paare ein und mehrmals überrundet. Das genaue Resultat: 1. Wassenheim-Schmidt 114,450 Kilometer, 51 Punkte; 2. Donath-Wagner (Hermes) 1 Rdz.; 3. Winkelmann-Balke (1889) 2 Rdz.

Der Billy-Arend-Jubiläums-Preis, das im Jahre 1920 begründete Rennen Berlin-Vereinsmannschaftsfahren, brachte der Dresdner Gau des D. R. M. zum vierten Male zur Abwicklung. Die Kaufleuten ging gleichfalls um sein Leben für Mannschaft von Sachsen und endete mit dem erwarteten Siege des deutschen Meisters Tornado.

Heute kosten in Berlin:

(Preise in Millionen Mark)

Markenbrot (1900 g):	84
Markenfleisch, Kuh (1500 g):	64
Schrippe:	2,4
Milch:	11 20
Briefporto: Ztr. 351,68 (ab Bager), Ztr. 367,18 (frei Keller)	
Gasbrief: Ztr. 906,77 (ab Bager), Ztr. 920,77 (frei Keller)	
Gas:	ebm 30
Strom:	Licht und Kraft 60
Wasser:	ebm 20
Straßenbahn:	4,5, Umsteiger 5
Hochbahn:	III. A und 4,5, II. 4,5 und 6
Stadtbahn:	III. 4,5, II. 7
Omnibus:	5, Zeitkarten 4,5
Briefmarke:	Ersatz 100 m Minenstoche, Pferd 50 millionenfache Taxe
Postkarte:	Ersatz Briefmarkenhalb 0,8
Brief:	Berlin 0,8, außerhalb 1
Automatengespräch:	4
Arzteinder:	80
Buchhandelsindex:	100

9. Oktober 1922.

Zechlin Oefen
Berlin C.25 Alexanderplatz 49

Kennen Sie Max Krause Briefpapier „Bettina", das entzückende weiße Leinenpapier für Damen und Herren?
Max Krause

Büromöbel
hochwertigste Qualitätsware
Deutscher Bürobedarf G. m. b. H.
Berlin SW. 48
Friedrichstrasse 220. Tel.: Noll. 3172.

Unsere neue
BALZAC
AUSGABE
Gesammelte Werke
Jeder Band einzeln käuflich

Der Dichter der Besessenen
Der Dichter des Geldes
Der Dichter unserer Zeit!

Die ersten 10 Bände
Zwei Frauen. Die Königstreuen. Vater Goriot. Ehefrieden. Pariser Novellen. Der Landarzt. Der Alchimist. Die Bauern. Tante Lisbeth. Vetter Pons.

Handliche Taschenausgabe. Klarer Satz und Druck erster Druckereien. Mustergültige Übertragungen. Reizvolle Ausstattung.
Außergewöhnlich niedriger Preis!

Ausführliche Prospekte durch jede gute Buchhandlung oder direkt vom
ERNST ROWOHLT VERLAG BERLIN W 35

Stellenmarkt.

Bilanzsicherer Buchhalter, nicht unter 24 Jahren, älterreife Kraft, mit tadellosem Lebenswandel und besten Umgebungen von sofort gesucht. Angebote mit tabellarischen Zeugnissen an Rosenberger Mühlenwerke Akt.-Ges. Rosenberg Westpr.

Kaufmännischer Direktor mit besten vollkommenen, u. juristische Erfahrungen u. Erfolgen der Industrieverbrand organisiert u. durch alle Gruppen bis zum letzten Verkaufsfähigkeit anerkannt erfolgreich eingemacht hat und noch leitet, sucht neuen Wirkungskreis als Leiter in Handel, Industrie oder Handel, auch Filialbüro in Berlin, event. Mitbeteiligung. Eingerichtetes Büro vorhanden. Angebot unt. Nr. 969 an L. Eppel. b. Ztg.

28 jähriger Kaufmann und Techniker mit leitender Auslandspraxis sucht Stellung in Industrie, Großhandel oder Export in Ost- oder Auslande. Französisch perfekt, Englisch gute Vorkenntnisse, fachmännische Praxis vorhanden beherrschend.
Zuschriften unter Nr. 1003 an die Expedition dieses Blattes, Hamburg, Hamburger Str.

Höherer rhein. Kommunalbeamter (Jurist) vom renomm. Machthaber ausgewiesen, sucht passende Verwendung. Angebote unter Ta. A. 8975 an Rudolf Mosse, Tausentleinsstrasse.

Vertrauensposten gesucht für verwitwete Mittelmädchen. Dame erster Kreise. Angebote unt. Nr. 970 an die Exped. dies. Bl.

Junge Dame, geb., intellig., seit mehrere Jahren selbst. tätig, sucht Vertrauensposten — ev. Vertretung, auch privat bei Dame oder Herrn. Gefl. Angebote unt. D. M. 729 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19.

Geb. Wirtschaftsdame sucht Stellung, kaufmännisch. Kenntnisse, Bosse, Steglitz, Schloßstraße 35.

Welscher Ausländer (romanisch) einem tüchtigen Drauenbuchhalter (orientier. Maschinenbauer) die Eingabe ins Ausland? Angebote sind zu richten unter Nr. 967 an die Exped. d. Bl.

2—3 Büroräume im Bankenviertel gesucht. Offerten unt. 16500 an Ala-Haasenstein & Vogler, Berlin W 35.

Stud. agr. sucht möbl. Zimmer. Höhe Zimmerbenutzung oder sucht nicht zu teuer. Bezahlung in Butter oder sonstigen Lebensmitteln. Angebote erbitte B. Waltermann, Gorzowmarkt i. Westf.

Herrschaftl. Dreizimmerwohnung, zeitlebens möbl. Bitte Angebote, ab zugeben, Referenzen erbeten. Schwabe, Berlin, Bochumer Str. 5.

Pianino Hoffe-Ferant, Prachtinstrument, billig zu verkaufen. Bitte Plano preiswert. Konetzny, Bülowstr. 48.

Rechtseinflüge! event. Mühlenstr. oder auch Plano kauft privat Bittner-Plano preiswert. Wamsler, Große Grestr. 25.

Gebildete, junge Mädchen, 21 J., kath., sucht auf diesem Wege, da Mangel an Herrenbekanntschaft, einen besseren Herrn zwecks spät. Heirat kennenzulernen. Nur korrekte Herren in gesch. Lebensstellung wollen sich mit Bild unter Nr. 968 an die Geschäftsstelle d. Blattes vertrauensvoll an mich wenden. Eilsendungen ausgeschlossen und zwecklos.

Theater-Spielplan
9. Oktober.

Opernhaus.	(Ch.-H. 5.)	6 Meistersinger.
Schauspielhaus.	(233.)	7½ Peer Gynt.
Schiller-Theater.		7½ Kabale und Liebe.
Deutsches Theater.		7 Anna Christie.
Kammerspiele.		8 Frühlings Erwachen.
Lessing-Theater.		7½ Der Unbeständige.
Gr. Schauspielhaus.		7½ Der Bettelstudent.
Deutsch. Künstler-Th.		7½ Der Jüngste v. Pappenheim.
Th. d. Königgrätzerst.		7½ Schwieger.
Berliner Theater.		7½ Süße Gift.
Kurfürstendamm-Th.		7½ Frau Warrens Gewerbe.
Schloss-park-Theater.		8 Einsame Menschen.
Kleines Haus.		
Tribüne.		7½ Frannzl erbt Geld.
Volksbühne. Theater am Bülowplatz		7½ Und das Licht scheint in der Finsternis.
Neues Volkstheater.		Gleichstoffen.
Central-Theater.		8 Heimliche Braut.
Deutsches Opernhaus		6½ Walküre.
Gr. Volksoper. (Theater d. Westens)		7 Schneeglöckchen.
Komödienhaus.		8 Mein Bruder Shaard.
Lustspielhaus.		8 Dem Teufel geholt.
Metropol-Theater.		7½ Calinoschicht.
Neues Operettenth.		7½ Die Elegerin.
Neues Theater am Zoo.		7½ Die Lustspielmaus.
Thalia-Theater.		7½ Mimikry.
Th. Kommandantenst.		7½ Charlie.
Wallner-Theater.		8 Cäsar Kaiser.
Residenz-Theater.		7½ Rosmersholm.
Trianon-Theater.		7½ Verlorene Tochter.
Kleines Theater.		8 Moral.

Die führenden Revuebühnen!
Komische Oper — Abends 7½ Uhr: Die Welt ohne Schleier
Apollo-Theater — Abends 7½ Uhr: Europa spricht davon

CIRCUS BUSCH Tägl. 7½, Sonn. 3 Uhr. Der grosse Erfolg! „SAR PETRUS" mit Paul Busch als „Katharina". Vorher das neue Programm.

Rennbahn Grunewald.
Rennen am 9. Oktober 1923
Nachm. 1 Uhr.

Altzink, Zinkabfälle kaufen Gebr. Kolzingen, Zinkschmelzerei Neukölln. Tel.: Neukölln 4545—4547

ANTENNA
AKTIENGESELLSCHAFT FÜR FERNMELDETECHNIK
BERLIN W 35
POTSDAMER STRASSE 28
Radio-Zubehör

BERLIN W 62 Kurfürstendamm 1 Ecke Lützowufer Telephon Lützow 1683

General-Vertretung

KARL A. KLEIN · AUTOMOBILE · BERLIN
6/20 PS AGA der Stadt- und Tourenwagen
10/30 PS PROTOS das Präzisionsfabrikat der Siemens-Schuckert-Werke
12/40 PS STEYR der preiswerte 6-Zylinder-Wagen

General-Vertretung

BERLIN W 62 Kurfürstendamm 1 Ecke Lützowufer Telephon Lützow 1683

Für das große Preisausschreiben der Deutschen Allgemeinen Zeitung lieferten wir:
3000 PFUND
köstlicher Hoffmann Schokolade
Auch in allen guten Konfitürengeschäften zu haben!
*
Ein Karton enthält: 1 Pfund Hoffmann Vollmilch-Schokolade
1 Pfund Hoffmanntaler
1 Pfund Hoffmann-Katzenzungen
Hoffmann-Schokolade
Kommanditgesellschaft a. A.
BERLIN N 37

Volkswirtschaftlicher Teil.

46,8 Billiarden schwebende Schuld am 30. September.

Die Einnahmen der Post und Reichsbahn im August.

Der Ausweis des Reichsfinanzministeriums über den Stand der schwebenden Schuld am 30. September kann keine Ueberraschung mehr bieten, da bereits Ende voriger Woche der Ausweis über die Finanzgebarung des Reichs in der dritten Septemberdekade erschienen ist, der eine Zunahme der schwebenden Schuld um allein 39 374 Billionen M. brachte. Am 30. September betrug die ganze schwebende Schuld

46 844 781 444 537 903 Mark.

Davon waren diskontierte Schatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit 46,716 Billionen M., mit längerer Laufzeit 184,7 Milliarden M. Als „weitere Zahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen mit Schatzwechseln“ werden 68,22 Billionen. M ausgewiesen und als Sicherheitsleistungen mit Schatzanweisungen und Schatzwechseln 59,94 Billionen (hierunter 36,32 Billionen für Zwecke der Reichsgetreideversorgung).

Die Einnahmen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung im August (in Klammern die Zahlen des Vormonats) beliefen sich auf 5,61 Billionen M. (385,47 Milliarden), die Einnahmen der Deutschen Reichsbahn auf 50,50 Billionen M. (3,029). Im Personen- und Gepäckverkehr wurden 8,298 Bill. M., im Güterverkehr 41,346 Bill. M. und an sonstigen Betriebseinnahmen 0,858 Bill. Mark vereinnahmt.

Reichsbank. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Zentralausschusses der Reichsbank, über die wir im gestrigen Abendblatt bereits ausführlich berichtet haben, wurden die Aenderungen erörtert, die sich für das Bankgesetz im Zusammenhang mit der Währungsreform ergeben. Hierüber wird in der heute stattfindenden Generalversammlung der Anteilseigner der Reichsbank ebenfalls Mitteilung gemacht werden.

Der Verein norddeutscher Eisengiessereien hat in Anlehnung an die vom Reichsverband der deutschen Industrie aufgestellten Richtlinien für die Durchführung der Goldrechnung mit sofortiger Wirkung Aenderungen der Verkaufs- und Lieferungsbedingungen beschlossen

---

Der Handelsverkehr der Vereinigten Staaten mit Europa im Fiskaljahr 1922/23. Die Einfuhr der Vereinigten Staaten aus Europa ist entgegen allen Voraussagen grösser gewesen als bisher. Sie belief sich dem Werte nach auf 1162 Mill. Dollar und war 40 % höher als im Vorjahre und 30 % höher als im letzten Vorkriegsjahr. Dagegen ist der Bedarf Europas an amerikanischen Nahrungsmitteln und Rohstoffen zurückgegangen. Er weist trotz der etwas gestiegenen Preise einen Rückgang von 2068 auf 2035 Millionen Dollar auf. Zugenommen hat die Einfuhr vor allen Dingen aus Grossbritannien, Belgien, Holland, Deutschland und den skandinavischen Ländern. Die verstärkte Zufuhr rührt indessen nicht von Erzeugnissen europäischer Herkunft her, sondern von Waren, für die Europa nur als Umschlag- und Stapelplatz dient, nämlich Kautschuk, Häute und Felle und Wolle. Die Getreideausfuhr nach Europa ist bedeutend zurückgegangen, die Fleischausfuhr aber in gleichem Masse gestiegen. Zugenommen hat die Ausfuhr von Mineralölen. Besonders bemerkenswert ist die starke Zunahme der Ausfuhr von Automobilen nach Europa. Abnehmer sind England, Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden und Spanien, dagegen ist die Ausfuhr nach Deutschland und Frankreich unbedeutend.

Erwerbsgesellschaften.

Vulkanwerke Hamburg und Stettin A.-G., Hamburg. Im Prospekt über die Zulassung von 35 Mill. M. neuer Stammaktien zur Berliner Börse teilt die Verwaltung mit: Die Einführung erfolgt durch die Berliner Handelsgesellschaft und die Bankhäuser S. Bleichröder und Delbrück, Schickler u. Co. Im laufenden Jahre hat sich der Geschäftsgang befriedigend gestaltet, so dass unter allen durch die Zeitverhältnisse bedingten Vorbehalten mit einem angemessenen Erträgnis für 1923 auch auf das erhöhte Aktienkapital gerechnet werden kann.

Ottensener Eisenwerk A.-G., Altona-Ottensen. Die Generalversammlung setzte den Ausgabekurs der vom Konsortium den Aktionären anzubietenden jungen Aktien aus der Kapitalserhöhung vom 26. Mai 1923 auf einen halben Dollar fest, gerechnet nach dem amtlichen Kurs am Vortage der Einzahlung. Von einem Aktionär wurde bemängelt, dass ein Teil der Aktien bereits kurz nach der Versammlung begeben wurde. Die Verwaltung erwiderte, dass damals der Geldbedarf der Gesellschaft sehr gross war und es sich um eine Begebung an befreundete Firmen und an Verwaltungsmitglieder handelte. Die Ausgabe der Aktien erfolgte unter Sperrverpflichtung.

Press-, Stanz- und Ziehwerke Rudolf Chillingworth A.-G., Nürnberg. Die Generalversammlung beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals von 24,5 auf 70 Mill. M. durch Ausgabe von 45 000 Stück Stammaktien zu je 1000 M., die für das laufende Geschäftsjahr voll am Gewinn teilnehmen. Sämtliche jungen Aktien werden von der Dresdner Bank, Filiale Nürnberg, übernommen, und zwar 8167 Stück zum Kurse von 1 000 000 % mit der Verpflichtung, sie den Aktionären im Verhältnis 3 : 1 zum Preise von 50 Dollarcents nach dem Berliner Briefkurs vom Vortage der Einziehung zum Bezuge anzubieten und ausserdem 17 333 Stück ebenfalls zu 1 000 000 %; letztere werden im Interesse der Gesellschaft freihändig verwertet. Der dabei erzielte Gewinn fällt der Gesellschaft zu. Die noch verbleibenden 20 000 Stück Stammaktien sind Schutzaktien und werden gleichfalls von der Dresdner Bank, Filiale Nürnberg, jedoch nur zum Nennwert übernommen und vorerst nur mit 25 % eingezahlt.

Gratisaktien bei den Köln-Lindenthaler Metallwerken A.-G., Köln am Rhein. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Verwaltungskreisen der Köln-Lindenthaler Metallwerke A.-G., Köln a. Rh., erfährt, wird in der am 12. d. M. stattfindenden Aufsichtsratssitzung die Erhöhung des Aktienkapitals um 55 auf 100 Mill. M. beschlossen werden. Von dem neuen Kapital werden 45 Mill. M. als Gratisaktien gegen den Dividendenschein einer alten Aktie gewährt. Die weiteren Aktien finden zu Angliederungszwecken Verwendung. In aller Kürze soll eine neue Kapitalsvermehrung mit wertvollem Bezugsrecht für die Aktionäre vorgenommen werden, um dadurch die Mittel für die Sicherstellung der Rohstoffbeschaffung bei den diversen Werken zu beschaffen.

Metallwarenfabrik Rieck A.-G., Altona. Die Generalversammlung beschloss die Erhöhung des Grundkapitals um 179,8 auf 200 Mill. Mark durch Ausgabe von neuen ab 1. Januar 1923 gewinnberechtigten Inhaberaktien. Ferner wurde die Umwandlung von 200 000 Vorzugsaktien in Stammaktien beschlossen. Die näheren Ausgabebedingungen bleiben der Bestimmung von Aufsichtsrat und Vorstand überlassen. Die Firma der Gesellschaft wurde in Metallwarenfabriken Alt Celle A.-G., Altona, umgewandelt.

Dyckerhoff u. Widmann A.-G. in Biebrich a. Rh. In der ausserordentlichen Generalversammlung wurde beschlossen, das Kapital von 40 auf 125 Mill. M. zu erhöhen durch Ausgabe von 37 Mill. M. neuen Stammaktien und 3 Mill. M. mehrstimmigen Vorzugsaktien. Den alten Stamm- und Vorzugsaktionären soll auf je fünf alte Aktien eine neue Stammaktie innerhalb einer dreiwöchigen Ausschlussfrist zum Bezuge angeboten werden zum Gegenwert von 50 Dollarcents, berechnet zu dem vor dem Tage der ersten Bezugsrechtsnotierung an der Berliner Börse zuletzt amtlich notierten Briefkurs für Kabel New York, zuzüglich Bezugsrechtssteuer und Börsenumsatzsteuer. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefasst.

Thüringische Elektrizitäts- und Gaswerke A.-G., Apolda. Für das abgelaufene Geschäftsjahr wird aus einem Reingewinn von 57,93 Mill. M. (i. V. 0,833) eine Dividende von 300 (11) % in Vorschlag gebracht. Die Betriebseinnahmen betrugen im Rechnungsjahr 1923 3066,03 (24,45) Mill. M., denen Betriebsunkosten in Höhe von 2162,69 (19,34) Mill. M. gegenüberstehen. In der Bilanz erscheinen Schuldner und Bankguthaben mit 1422,45 (8,58) Mill. M., Waren und Material mit 294,47 (3,34) Mill. M. und Gläubiger mit 604,57 (4,10) Mill. M. Aus dem Geschäftsbericht seien folgende Angaben angeführt: Die nutzbare Abgabe beim Elektrizitätswerk Apolda ist infolge der zurzeit weniger günstigen Beschäftigung der heimischen Wollindustrie von 4 527 000 kWh im Vorjahre auf 3 970 000 kWh zurückgegangen. Durch umfangreiche Kabelverlegungen wurde die Leistungsfähigkeit und die Spannungsverhältnisse im Leitungsnetz verbessert. Auch beim Gaswerk Apolda ist die nutzbare Gasabgabe mit 1 189 000 cbm etwas hinter der vorjährigen zurückgeblieben. Ein Rückgang des wirtschaftlichen Ergebnisses konnte durch günstige Betriebsführung und Errichtung einer Benzol-Gewinnungsanlage jedoch vermieden werden.

Sprengstoff-Werke Glückauf A.-G., Hamburg. Die Generalversammlung beschloss die Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 200 Millionen Mark durch Ausgabe von 8,8 Mill. 10 %igen mit 25fachem Stimmrecht in den bekannten Fällen ausgestatteten Vorzugsaktien und 200 Mill. M. Stammaktien, beide ab 1. Januar 1924 gewinnberechtigt. Das gesetzliche Bezugsrecht soll ausgeschlossen und dem Aufsichtsrat alle Einzelheiten der Aktienausgabe überlassen werden. Ferner wurde beschlossen eine neue Fassung der Satzungen, insbesondere eine Aenderung der Firma in Rheinische Schieferbergwerke Glückauf A.-G., Verlegung des Sitzes nach Zorn im Rheinland und Aenderung des Gegenstandes des Unternehmens in Gewinnung und Bearbeitung von Schiefer.

Mühle Rüningen A.-G. in Braunschweig. Der Generalversammlung lag der Bericht für 1922/23 vor. Die Beschäftigung der Werke war im abgelaufenen Geschäftsjahr einigermassen befriedigend. Wenn trotzdem kein zur Verteilung geeigneter Gewinn erzielt wurde, so ist dies auf die katastrophale Geldentwertung zurückzuführen. Die innere Lage der Gesellschaft sei so gefestigt, dass der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegengesehen werden könne. Der Reingewinn stellt sich auf 606 391 M., die auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der Abschluss wurde genehmigt. Mitgeteilt wurde, dass sich das Geschäft in den letzten Wochen recht günstig entwickelt habe, so dass, wenn nicht aussergewöhnliche Umstände eintreten, mit einem guten Ergebnis gerechnet werden kann. Hierauf wurde beschlossen, das Grundkapital um 40 Mill. M. durch Ausgabe neuer Stammaktien zu erhöhen. Von den neuen Stammaktien sollen 9 Mill. M. zum Mindestkurse von 100 % begeben werden, mit der Verpflichtung, sie den bisherigen Aktionären dergestalt zum Bezuge anzubieten, dass auf je 5000 M. alte Aktien eine neue Stammaktie über 1000 M. oder auf je 25 000 M. alte Aktien eine neue Stammaktie über je 5000 M. zum Kurse von 2 Mill. % bezogen werden können. Bis 31 Mill. M. werden unter Beteiligung der Verwaltung zum Kurse von 100 % mit der vom Uebernehmer zu erfüllenden Verpflichtung begeben, zunächst 11 000 Stück zum Erwerbspreise zur Verfügung des Vorstandes zu halten zwecks Verwertung, wobei der Gesellschaft aus dem erzielten Mehrerlös ein Anteil von 75 % verbleiben muss. Der Vorstand wird ermächtigt, mindestens 20 Mill. M. dieser neuen Aktien von einer alsbaldigen Verwertung auszuschliessen.

Theodor Teichgräber A.-G. Die Aktien, bisher nur im unnotierten Markt gehandelt, wurden an der gestrigen Börse in den amtlichen Verkehr eingeführt; der Kurs stellte sich bei ausserordentlich lebhaften Umsätzen auf 225 Mill. %.

Wilhelm Scheerbarth, Vulkanfiber-Werke A.-G., Hamburg. Die Generalversammlung genehmigte den mit der Vulkanfiber-Werke A.-G. in Schweidnitz abgeschlossenen Fusionsvertrag, wonach das gesamte Vermögen dieser Gesellschaft gegen Gewährung von 11½ Millionen Aktien auf die Wilhelm Scheerbarth Vulkanfiber-Werke A.-G. übergeht, und beschloss im Zusammenhang hiermit Erhöhung des Grundkapitals um 19 auf 100 Mill. M. Die nicht für den Fusionszweck Verwendung findenden Aktien sollen zum Nennwert ausgegeben werden und nach Bedarf im Interesse der Gesellschaft Verwendung finden.

Warenmärkte.

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loko frei Wagen oder ex Waggon je 50 kg (in Mill. M.): Hafer 1000, Gerste 1170.

Kartoffel-Notierungen (amtlich) je 50 kg: Erzeugerpreise ab märk. Vollb.-Stationen: Speisekartoffeln: weisse und rote 150—200 Mill. M.

Berliner Grosshandelspreise, 8. Oktober.

in 1000 M per ½ kg		in 1000 M per ½ kg	
Gerstengraupen	48111—54264	Kaffee, superior	27:000—288000
Gerstengrütze	48111—53736	Röstkaffee	295000—415000
Haferflocken	38091—48204	Ersatzmischung 20 % Kaffee	—
Hafergrütze	39250—41587	Malzkaffee	40000—61000
Hafermehl	—	Röstgetreide	19000—21000
Maisgrieß	42162—45085	Kakaopulver	—
Maismehl	—	Bohnen, weiße	45730—64430
Maispuder	48075—49003	70 % Weizenmehl	34190 36381
Kartoffelstärkemehl	39325—45500	do. Auszugsmehl	37861—52122
Maisflocken	—	Kleine Erbsen	51530—56118
Makkaroni	79340-127112	Riesen-Erbsen	58874—60051
Schnittnudeln	54750—86850	Weizengrieß	41534—52122
Burma Reis	44060—45400	Linsen	71420—91000
glas. Tafelreis	45400—65420	Purelard	188000-190000
grober Bruchreis	38750—42540	Bratenschmalz	18:000-191000
Reisgrieß	35390—37160	Speck, gesalz., fett	183000-185000
Reismehl	35390—37160	Molkereibutter	265000-270000
Ringäpfel, amerik.	155400-161900	Margarine	138000-179500
getr. Aprikosen	151900-260000	Corned beef p. Kiste	8300-8400000
„ Birnen	116400-187800	Marmelade Mehrfr.	95500-146370
„ Pfirsiche	139000-151900	do. Einfrucht	127400-184500
„ Pflaumen	57300—74200	Kunsthonig	88900-101000
Korinthen	156800-172000	Inlandszucker	41200
Rosinen, 1922	94600—113700	Tee in Kisten	—
Sultaninen, 1922	126900-153300	Kassia	114000-156300
Mandeln, bittere	155800-175600	Nelken	435000-457000
Mandeln, süße	269000-319500	Piment	88000—93600
Kaneel	314000-465000	Roggenmehl	—
Kümmel	335700-578000	Steinsalz	5670—6670
Schwarzer Pfeffer	145600 164000	Siedesalz	10640—19600
Weißer Pfeffer	2 6000-222000		
Kaffee, prima, roh	289000-304000		

Vom Berliner Fettwarenmarkt. 6. 10. (Originalbericht von Gebr. Gause.) Butter: Die Eingänge sind minimal und reichen auch bei schärfster Rationierung der Aufträge nicht aus, alle Nachfragen zu befriedigen. Es mussten daher viele Kleinhändler ohne Ware bleiben. Die Notierung wurde abermals scharf heraufgesetzt, und bleibt abzuwarten, ob die erhöhten Preise grössere Zufuhren nach Berlin leiten. Die amtliche Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Grosshandel, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten, war für Ia Qualität am 4. Oktober 110 Mill. M., am 5. Oktober 110 Mill. M., am 6. Oktober 140 Mill. M. — Margarine: Die Nachfrage war lebhaft, der infolge der geringen Freigabe der Fabriken nicht immer entsprochen werden konnte. — Schmalz: Die amerikanischen Fettwarenmärkte zeigten eine leichte Abschwächung, während die Preise hier ihre Aufwärtsbewegung infolge der Devisensteigerung fortsetzten. Die Konsumnachfrage ist etwas ruhiger geworden. Die Notierungen sind nominell. — Speck: starke Nachfrage bei geringen Vorräten. Notierungen nominell.

Bremer Getreidenotierungen, 8. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Um 6 Uhr wurden notiert (nicht amtlich) zur Lieferung prompt: Inländ. Weizen — M, amerikan. Manitoba-Weizen 13,00 Gulden, engl. Hart Winter 12,80 Gulden, inländ. Roggen 1180000000 M, amerikan. Western-Roggen 9,80 Gulden, Petersburger Roggen 9,80 Gulden, La Plata-Mais 9,50 Gulden, La Plata-Hafer 9,50 Gulden, deutscher Hafer 1200000000 M, amerikan. Malzgerste 9,25 Gulden, La Plata-Gerste 9,25 Gulden, inländische Gerste prompt — M, deutsche Donau- oder Schwarz-Meer-Gerste 66—67 kg 9,25 Gulden. Die Markpreise verstehen sich per Zentner, die Guldenpreise per Doppelzentner per Kasse ab Bremen oder Unterweser-Hafen bei Bezug von Waggonlieferungen.

Baumwolle, Bremen, 8. Okt. (Eigenbericht.) Amtlicher Schlusspreis von 4¼ Uhr 605372000 M nom per kg (5. 10. 443250000 M nom.).

Hamburger Warenmärkte, 8. 10. (Eigenbericht.) Getreide: Die Getreidepreise sind wieder erheblich gestiegen. Dabei ist festzustellen, dass die Steigerung die Aufwärtsbewegung des Dollars noch übertraf. Preise in Mill. M. je Zentner: Weizen 1050—1200, Roggen 950—1050, Hafer 900—950, Gerste 1100—1200, alles ab inländischer Station. Ausländische Gerste loko 1250—1440, Mais loko 1200—1350, frei Kaiwaggon. Das Inlandsgeschäft in Oelkuchen ruht nahezu völlig. — Fouragepreise: Hafer 1500, Mischfutter 1300, Haferschalen ¾, Melasse 900, Häcksel 225, Wiesenheu, gebündelt 225, Timothy und Kleeheu, gebündelt 300, Pressstroh 210 Mill. M., alles je Zentner.

Hamburger Metalle. 8. Oktbr. (Eigenbericht.)
In Millionen Mark

	B	G		B	G
Silber 900 fein	16000	15000	Kupfer	—	—
Hüttenrohzink	140	120	Raffinade	—	—
H.-Weichblei	—	—	Wire bars	—	—
Zinn, Banka	850	800	Feingold	—	—
Zink, Straits 99	850	800	Altplatin	—	—

Eine Goldmark

199,03 Mill. M. Geld, 200,03 Mill. M. Br.

nach dem amtlichen Berliner Kurs vom 8. Oktober für Kabelauszahlung New York.

Der Dollar im Abendverkehr über eine Milliarde.

Die feste Tendenz der Nachbörse setzte sich im gestrigen Abenddevisenverkehr der Berliner Banken fort, so dass der Dollar im Laufe des Nachmittags die Milliardengrenze überschritt. Gegen 7 Uhr nannte man bei ruhigem Geschäft den Dollar mit etwa 1,1 Milliarden, das englische Pfund mit 5 Milliarden, den franz. Franken mit 65 Millionen. Aus New York wurde die Mark mit 0,000 000 14 gemeldet, was einem Berliner Dollarkurs von 714 Millionen entspricht.

Amtliche Banknotenkurse. Berlin, 8. Okt.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amerikan.	835905000	840095000	Jugoslaw.	9975000	10025000
do. kleine	835905000	840095000	Norweg.	1316.0000	132330000
Belgische	41895000	42105000	Oesterr.	11770,00	11830,00
Bulgarisch	7980000	8020000	Rumän.	3740500	3759500
Dänische	148627500	149372500	do. kleine	3591000	3609000
Englische	3790500000	3809500000	Schwed.	221445000	222555000
do. kleine	3790500000	3809500000	Schweiz.	149625000	150375000
Finnische	22543500	22656500	Spanische	112717500	113282500
Französ.	49875000	50125000	Tschech.	24738000	24862000
Holländ.	329175000	330825000	do. kleine	24738000	24862000
Italien.	37506000	37694000	Ungarisch.	24935,00	25065,00

Zugeteilt wurden auf: Amerikan. Banknoten, grosse 15 %, kleine 15 %, belgische Banknoten 30 %, dänische Banknoten 30 %, [illegible]

Ost-Devisen, 8. 10. Auszahlung: [illegible]

Köln, 8. Oktober. (Amtlich.) [illegible]

An der Nachbörse blieb die Grundstimmung fest, [illegible]

Bezugsrechte vom 8. 10. Nordstern Allgemeine Vers. 70 000 bG, Habermann u. Guckes 35 000 bz, Meckl. Dep.- u. Wechselbank — G, Mecklenburg. Bank — G, Ilse Bergbau Genussch. 1 700 000 bz, Magdebg. Allg. Gas-Ges. 90 000 bG, Ver. Berlin-Frankf. Gummi 70 000 bz, Meissener Ofenfabrik 110 000 bz, Union Baugesellschaft 6600 bG, Arnold Georg 450 000 bG, David Grove 10 000 bz, Vorwohler Cement 500 000 bG, Ver. Elbe u. Saale Schiff. 145 000 bG, Gebr. Goedhart — G.

Frankfurt a. M., 8. Oktober.

	8. 10.	5. 10.		8. 10.	5. 10.
Frankfurter Bank	100	70	Maschinen Essling.	450	400
Grsheim. Elektron	2800	2000	Faber & Schleich.	170	170
Dtsch. Vereinsbk.	125	70	Pokorny & Wittek.	390	290
Fr. Hypoth.-Bank.	100	70	Heyligenstädt & Co.	300	220
Metallb. u. Met.-G.	3000	2200	Masch. Arm. Klein	925	600
Nürnb. Vereinsbk.	—·—	—·—	Maschinenf. Mönus	290	210
Südd. Eisenb.-Ges.	3000	—·—	Motoren Oberursel	800	600
A.-G. f. Buntpapier	1800	1800	Pfälz. Nähmasch.	700	800
Zellst. u. Papierf.	2000	1500	L. A. Riedinger	—·—	1000
Hoch- u. Tiefbau.	320	230	Schnellpressenfab. Frankenthal	1400	1570
Südd. Immobilien	180	120	Philipps A.-G.	—·—	180
Portl.-Zem. Karlst.	1000	700	Pfälz. Pulverfabrik	—·—	—·—
Wayss & Freytag	650	400	Schlinck & Co.	—·—	—·—
Brauerei Henninger	—·—	—·—	Schuhfabrik Herz	150	100
Hess. u. Herc. Bier	400	220	Seilindustrie Wolff	300	200
Schöfferh. Binding	400	—·—	Schriftg. Stempel	400	300
D. Gold- u. Silb.-Sch.	3000	2200	Sinalco	450	300
Blei- u. Silberh. Br.	—·—	—·—	Sp. u. Web. Ettling.	—·—	—·—
Farbw. L. Mülheim	—·—	—·—	Voltohm Kabelw.	350	250
Adler-Wke. Kleyer	460	200	Olea Ffm.	900	800
Schramm Lack	400	310	Zuckerf. Waghäus.	875	650
Mittld. Gummiw.-F	140	110	do. Frankenth.	900	800
Emag Frankf. a/M.	120	80	do. Offstein	875	680
Lech Elektrizität	950	—·—	do. Rheingau	860	700
Voigt & Haeffner.	125	130	Bensberg-Gladb.	1600	1200
Feist Sektkeller	100	70	Heddernh. Kupferw.	550	—·—
Hanfwerke Füssen	—·—	1500	Hartmann & Br.	—·—	—·—
Holzverkohlung	2200	1100	Kasseler Fassfabr.	450	300
Feinmechan. Jetter	—·—	2200	Otto Krumm	—·—	200
Lederwerke Rothe	—·—	5000			
Dingler	—·—	440			

Amsterdamer Börse.

8. Oktober. (Tel. d. Rotterd. Bankvg.)

	8. 10.	5. 10.		8. 10.	5. 10.
Koenin kl. Ptr.	451,00	342,00	Holl.-Am. Lin	79,5	80,00
Ned. Hand. Vg.	451,00	452,5	Deli Maatsch.	282,25	285,75

Wiener Börse.

	8. 10.	5. 10.		8. 10.	5. 10.
Mai-Rente	1,5	1,01	Krupp A.-G.	—	431
Febr.-Rente	1,5	1,69	Mitterb. Kupf.	365	330
Oest. G.-Rente	19	19,1	Poldi-Hütte	1055	1050
„ Kr.-Rente	—	0,92	Prager Eisen.	—	2400

[illegible]

Bankausweis.

Bank von England. 4. Oktober. [illegible]

Berliner Börse. 8. Oktober. [illegible]

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Hans Simon; für den Volkswirtschaftl. Teil: Otto König; für den Anzeigenteil u. Geschäftl. Mitt.: W. Mürrle; Verlag: Zeitungsverlag Schmidt-Dumont & Co.; Druck: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, A. G., sämtlich Berlin, Wilhelmstr. 30-32.